

A U S G A B E 1 2 0 0 5

EXZESS

MAIL UNS DEINE MEINUNG

E-MAIL: EXZESS@BUNDESJUGENDWERK.DE



SCHWERPUNKTTHEMA:

„KINDERARMUT“

PARTIZIPATION & VERBANDSENTWICKLUNG

COME IN CONTRACT

jw
JUGENDWERK
DER AWO

LIEBE JUGENDWERKLERINNEN, FREUNDINNEN UND FREUNDE,

Das ist sie! Die erste Exzess des Jahres 2005! Unsere Redaktion hat erfolgreich überwintert und startet mit dem Schwerpunkt „Kinderarmut“. Kinderarmut ist kein neues Thema. In der politischen Öffentlichkeit hat es regelmäßig, entweder unter dem Aspekt von Verharmlosung oder Dramatisierung auf der Agenda gestanden. Auch in den Tagen kurz nach Erscheinen des 2. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hat die Materie ohne großes Aufsehen den Weg in die Schublade gefunden (bis auf einen Führungswechsel bei den JungLiberalen...). Und dabei ist die Notwendigkeit für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Thematik aktueller denn je: Kinderarmut, so die Studien, ist die verbreitetste Armutsform in der BRD. 1,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren sind arm. Armut beinhaltet nicht nur den Mangel an materiellen Lebenschancen, sondern auch den Verlust von Bildungschancen

und der Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation. Unsere Verbandsarbeit richtet sich ausdrücklich an Kinder und Jugendliche, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind. Diesem Anspruch begegnen wir im Jugendwerk seit unserem Bestehen praktisch-pädagogisch und politisch. Das Jugendwerk hat, wie der Artikel des JW Essen deutlich macht, ein eigenes starkes Potential im Umgang mit Armut. Wir bieten echte Partizipations- und Integrationsmöglichkeiten für armutsbetroffene junge Menschen! Sowohl auf der praktischen Ebene unserer Angebote und unserer Strukturen als auch durch unsere Rolle als politische Interessenvertretung *für* und *mit* sozial benachteiligten jungen Menschen.

Mit dieser Exzess wollen wir Impulse setzen, wie wir unsere Kompetenzen zum Umgang mit dem Thema (Kinder) Armut ausbauen können. Wir stellen Euch Beispiele aus der praktisch-polit-

schen Jugendwerksarbeit vor - z.B. das Partizipationsprojekt des BujW „Kinderpolitik den Rücken stärken!“, das sich Kinderarmut zum Schwerpunkt gesetzt hat. Wir möchten die Diskussion sozialpolitischer Alternativen (z.B. Grundeinkommen) zur Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich vertiefen und Euch einen kritischen Einblick in die Ergebnisse aktueller Studien zu Kinderarmut geben.

Ich wünsche Euch ein gelungenes „Wiederlesen“ mit der Exzess und hoffe auf ein großes Wiedersehen mit Euch bei unserem Bundestreffen im Mai in Thüringen!

Julia Koretzki

Vorsitzende des

Bundesjugendwerkes der AWO

Diese Exzess enthält auf den Seiten 4-15 eine Serie von Fotos vom Gründungstreffen (Berlin, 21.-23.1.05) des Projektes „Kinderpolitik den Rücken stärken!“, welches auf den Seiten 18/19 genauer dargestellt wird.



lesen

und lesen

lassen

Zwischen Informationsflut und Infotainment:

Knappe Infos - kritische Analysen - best-practice-Beispiele.

Egal, ob Sie ein Mandat haben, in der Verwaltung beschäftigt sind oder einen Verband vertreten:

Auch in der Kommunalpolitik ist bestmögliche Information unabdingbar für erfolgreiches Arbeiten.

Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen.

Beides vereinen wir in unserer Zeitschrift „**Alternative Kommunalpolitik**“, die in jedem Heft mit einem Schwerpunktthema aktuelle Berichte und nützliche Tips enthält.

Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:

www.akp-redaktion.de

AKP

Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 · 33802 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17
Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de
Internet: www.akp-redaktion.de

INHALT

SCHWERPUNKTTHEMA: KINDERARMUT



4 BIS 5

„DEUTSCHLAND IST EIN REICHES LAND“

6

... IN UNSEREM REICHEN ARMEN LANDE ...

7 BIS 9

FORTSETZUNG DER AWO-ISS-STUDIE ZU „KINDERARMUT“:
ALLES SCHON ENTSCHIEDEN?

10 BIS 11

BILDUNG - EINE WAFFE IM KAMPF GEGEN KINDERARMUT

12

ALTERNATIVEN ZUR ARMUT

12 BIS 14

EXISTENZGELD - EINE ANTWORT AUF DIE KRISE DES SOZIALEN

15

SOLIDARITÄT - CHANCE FÜR DIE ZUKUNFT

16 BIS 17

NUR MIT UNS! PARTIZIPATIONSCHANCEN UND MIGRATION
IN DER KINDER- UND JUGENDARBEIT



18 BIS 19

COME IN CONTRACT

Das Jugendwerk mischt sich ein!
Protest-AG in Berlin

20 BIS 23

PARTIZIPATION & VERBANDESENTWICKLUNG

Partizipation, die verbindet
AK „Mitgliederverband“
AK „Interkulturelle Öffnung“
AK „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“
AK „Gender“
Einführung in das Thema Gender. Teil 1:
Ein Blick in das real existierende Patriarchat



24

PÄDAGOGISCHES KONZEPT

Pädagogisches Konzept? Kennt Ihr nicht? Macht nichts, erklären wir Euch!
Teil 1: Das Pädagogische Ziel der Genussfähigkeit - oder: Wie der Film
Chocolat unser Leben verändert hat



25

YOUROPA

YouRoPa e.V. auf Rumänienreise



26 BIS 31

INFOS, TIPPS & BÜCHER

express

PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de



ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In der aktuellen Ausgabe
(2/05) u.a.:

- ◆ Michael Schäfer: »Biedermänner und Brandstifter im Glas-
haus«, zum neuerlichen (Neo-)Nazismus-Diskurs
- ◆ Anton Kobel: »Streik und Boykott«, Kunden und Beschäftigte
- Gemeinsam erreichen wir mehr
- ◆ HL: »Führungsschwäche?«, Anmerkungen zur Tarifrunde im
Öffentlichen Dienst
- ◆ Joachim Hirsch: »Was ist eigentlich deutsch an der Deutschen
Bank«, eine Globalisierungsfarce
- ◆ »An den Grenzen des Tarifvertrags«, Gespräch mit Werner
Sauerborn u. Bernd Rixinger
- ◆ Michael Quetting: »Kopf hoch«, Kommentar zum Tarifab-
schluss im Öffentlichen Dienst
- ◆ bahn von unten: »Fahrplanänderung durch Weichenumstel-
lung«, Basis will Bahn-Abschluss nicht

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum
Preis von 10 Euro (gg. V.a.)

„DEUTSCHLAND IST EIN REICHES LAND“

ZUM ZWEITEN ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT DER REGIERUNG



Foto: Julia Koretzki

Anfang März hat die Bundesregierung ihren zweiten Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“ veröffentlicht. Damit setzt sie die 2001 auf Bundesebene begonnene Berichterstattung fort, was an sich schon zu loben ist, da die Vorgänger-Regierung Armutsberichte schlicht ablehnte.

Der Bericht ist insgesamt 317 Seiten stark (plus 171 Seiten Anhang). Er gliedert sich in zwei große Teile: In Teil A werden auf 150 Seiten zentrale Trends und Herausforderungen dargestellt, die Analyse des Ist-Standes also. Teil B ist dann weniger wissenschaftlich, sondern eher als „parteipolitisch“ zu werten. Die Bundesregierung stellt ihre „Leistungen“ dar und lobt die Agenda 2010.

Wer sich das Lesen des Gesamtberichtes ersparen will - was verständlich ist, denn die schnöde Berichtsform ist keine Lesefreude -, der oder die sollte nicht zur Kurzzusammenfassung greifen, da darin eher Teil B dargestellt ist. Es empfiehlt sich eher, die Zusammenfassungen am Ende der einzelnen Teilkapitel zu lesen, um einen Überblick zu erlangen.

FAKTEN, FAKTEN, FAKTEN...

Die Analyse in dem Bericht erlaubt einen Einblick in verschiedene Dimensionen ärmerer Lebenslagen, wie z.B. Einkommen, Vermögen, Überschuldung,

Bildung, Versorgung mit Wohnraum und gesundheitliche Situation. Erfreulich ist, dass auch dem Thema „Partizipation“ als Armutsaspekt ein Kapitel gewidmet wurde, was im Bericht von 2001 zu bemängeln war. Positiv auch, dass die Lebenslagen von MigrantInnen, Behinderten und von „Menschen in extremer Armut und begrenzt selbsthilfetätigen Personen“ (Wohnungslose, Straßenkinder, Suchtkranke, chronisch Kranke und ehemalige Straffällige) besondere Berücksichtigung erfahren.

In punkto Datenmaterial wurde dieses Mal versucht, auch aktuellere Daten einzubeziehen. Somit finden sich insgesamt Daten zum Zeitraum von 1998 bis 2004 im Bericht.

Kurz einige Ergebnisse:

- 1,5 Millionen Kinder unter 18 Jahren sind arm, 1,1 Millionen davon leben von Sozialhilfe. Die Sozialhilfequote unter Kindern ist mit 7,2 % doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.
- Der Anteil der Armen an der Bevölkerung ist unter Rot-Grün gestiegen: von 12,1 % (1998) auf 13,5 % (2003).
- Die ungleiche Verteilung der Privatvermögen hat noch einmal leicht zugenommen: 2003 besitzen die reichsten 10 % der Haushalte 47 % (1998: 45 %), während die unteren 50 % nur 4 % des Gesamtvermögens (1998: 4 %) ihr Eigen nennen.

In dem analytischen Teil A des aktuellen Berichtes wird somit eigentlich nur das bestätigt, was aufmerksamen BeobachterInnen gesellschaftlicher Realität die letzten Jahre nicht verborgen blieb: Armut und Reichtum nehmen auch im Land der ExportweltmeisterInnen zu und der Abstand zwischen Arm und Reich vergrößert sich.

AUF, AUF ZUR LEITKULTUR!

So weit! Doch warum brauchen wir dazu den Bericht? Nun, Hauptaufgabe eines solchen ist es, eine Analyse des Ist-Standes darzustellen. Doch dieser Bericht bietet viel mehr als das, er gibt uns die wunderbare Möglichkeit, die Interpretation der Analyse gleich mitgeliefert zu bekommen. Und zwar von auserlesener Seite. Die Handschrift der Bundesregierung ist in Teil B nicht zu übersehen. Demzufolge sind Agenda 2010 und Hartz I-IV armutspräventive Garantien, die Grundsicherung ist mit dem ALG II angeblich eingeführt und – hurra! – endlich werden die, der Leitkultur nicht zugewandten MitgrantInnen dazu gebracht, über Sprachkurse integriert und partizipiert zu werden. Fördern und Fordern heißt die Devise, und von Eigenverantwortung ist in dem Bericht auch ganz oft die Rede. Dass es dabei mehr ums Fordern geht, erfahren MigrantInnen tagtäglich in ihrer Lebensrealität. Doch in diesem Bericht schreibt es die Bundesregierung in Bezug auf die Sprachförderung noch einmal deutlich:

„Entsprechend dem Grundsatz des ‚Förderns und Forderns‘ kann eine Verletzung der Teilnahmepflicht [Anm. d. Red.: an den Sprachkursen] mit Sanktionen, ggf. auch sozialrechtlichen Leistungskürzungen belegt werden. Damit wird verdeutlicht, dass den gewährten Chancen auch die Pflicht gegenübersteht, aktiv am Erwerb der Sprachkompetenz mitzuarbeiten.“ (S. 300) Welche Sanktionen das sind, wird nicht erwähnt. Dass dem Nicht-Bestehen der Sprach-



Foto: Julia Koretzki

hürde unter Umständen die Abschiebung folgt, hat aber wenig mit „Stärkung der Teilhabechancen“ zu tun.

WAS BERICHTET UNS DIE REGIERUNG NICHT?

Interessant ist auch, über was der Bericht nicht berichtet. Reichtum hat – wie schon 2001 – scheinbar wenig berichtenswertes. Nur sechs Seiten sind explizit den Reicheren unserer Gesellschaft gewidmet, lediglich auf die Einkommens- und Vermögensverteilung konzentriert. Zwar wird dabei schon die ungeheure Dimension der vorherrschenden sozialen Ungleichheit erahnbar, aber es bleibt wie auch schon 2001 dabei: Eigentlich könnte sich der Bericht auch nur „Armutbericht“ nennen.

Die Version der Bundesregierung für dieses Manko ist im Bericht enthalten. Von „diffuser begrifflicher Fassung von Reichtum“ und „unbefriedigender Datenlage“ (S. 12) ist die Rede. Und das, obwohl die Regierung selbst mehrere Reichtumsstudien in Auftrag gab, deren Ergebnisse nur nicht im Bericht zu finden sind. Und dabei wäre es doch so schön gewesen, qualitativ berichtet zu bekommen, wie es den Reichen unserer Gesellschaft geht. Vielleicht hätte das Werk dann auch in ärmeren Schichten reißenden Absatz in den Buchläden gefunden!?

Leider enthält der Bericht auch nur eine halbe Seite zum Phänomen der „Armut trotz Erwerbsarbeit“ („working poor“), obwohl es auch dazu bereits einschlägige Studien gibt. Doch mit den 1-Euro-Jobs werden genau solche Lebenslagen geschaffen, und zudem würden diese Erkenntnisse der Allheil-methode „Arbeit gegen Armut“ schaden, welche vor allem in Teil B des Berichtes gepriesen wird. Und obwohl die Daten dazu Anlass böten, spielt auch Kinderarmut im Bericht nur eine indirekte Rolle.

PARTIZIPATION UND „BÜRGER-SCHAFTLICHES ENGAGEMENT“

Erstmalig widmet sich ein Schwerpunkt des Berichtes einer wichtigen Dimension von Armut: Partizipation. Die Regierung kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „An der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse sind höhere Einkommens- und Bildungsschichten stärker beteiligt als untere Bevölkerungsschichten.“ (S. 193) Lob dafür, dass der Zusammenhang zwischen Partizipationschancen und Armut festgestellt wird. Entscheidend ist aber, was im Bericht unter Partizipation verstanden wird! Und dabei kommt die Qualität von Partizipation zu kurz. Vereins- oder Parteimitgliedschaften sagen nichts darüber aus, inwiefern es möglich ist, dort demokratisch mitzuwirken. Zudem wird der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu wenig Beachtung geschenkt.

In Bezug auf Partizipation verdiente der Prozess der Entstehung des aktuellen Berichtes genaue Betrachtung. Es ist schon fast eine Farce, wenn die Regierung im Bericht behauptet, es habe eine aktive Beteiligung eines „Ständigen Beraterkreises“ gegeben. Damit wird die Partizipation einer sog. „Zivilgesellschaft“ behauptet. Auch hier ist die Qualität aber entscheidend. Das Beratergremium wurde lediglich angehört. Viele Stellungnahmen wurden geschrieben, wenige davon berücksichtigt – oder nur nach intensiver Lobbyarbeit und unter Vorhandensein entsprechender „Connections“. Das hat schon Hofstaats-Charakter. Deutlich spürten das die Beratenden, als ihnen der Entwurf des Berichtes kurz vor Weihnachten auf den Tisch flatterte, mit der Bitte, bis zur ersten Januarwoche Feedback zu geben. Ganz nach dem Motto: Ran an die 317 Seiten, partizipiert Euch über die Feiertage!

ARBEIT, ARBEIT, ARBEIT?

Die dargestellte „Armutsbekämpfung“ der Bundesregierung lässt sich grob in zwei Bereiche einteilen: „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ und Förderung des Unternehmertums. Oder: „Erstens müssen

Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden, damit Beschäftigung neu entstehen kann.“ (S. XIX) Alle anderen Armuts-Dimensionen werden dabei an Lohnarbeit gekoppelt. Abgesehen davon, dass „working-poor“-Lebenslagen mit Hartz IV zunehmen dürfen, ignoriert dieses Rezept schlichtweg, dass es nicht mehr genügend Arbeitsplätze für alle gibt, und das schon seit 30 Jahren. Und Appelle der Regierung an eine Art nationaler Zwangs-gemeinschaft nützen da auch nichts - im Bericht: „Alle müssen an einem Strang ziehen“. (Seite XL) Mit dem „alle“ verbunden ist ein Standortnationalismus, der den Wettbewerb mit anderen Ländern als vermeintlichen Sachzwang suggeriert. Und in dem „alle“ steckt auch die Annahme, dass eine Unternehmerin die gleichen Interessen hätte wie ein Langzeitarbeitsloser. Dass die Unternehmen aber keine Arbeitsplätze schaffen, verwundert nicht. Das ist auch gar nicht ihr Organisationszweck, sondern Profitmaximierung ist es – und das mit möglichst wenig Aufwand, sprich: „Humankapital“! Warum also Menschen in künstlich geschaffene 1- oder 2-Euro-Jobs zwingen? Das Streben nach Vollbeschäftigung ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Viel interessanter wäre es, über eine wirkliche Grundsicherung – z.B. in Form eines Grundeinkommens für alle – nachzudenken, um damit soziale Sicherung und Menschenwürde unabhängig vom Besitz einer Lohnarbeit zu machen.

Im Bericht heißt es auch: „Deutschland ist ein reiches Land.“ (S. 48) Umso schlimmer, mag man denken, dass noch über Armut berichtet werden muss. Manch andere denken aber: Gerade deshalb! Denn ohne Reichtum keine Armut! ☐

Mark Unbehend
Bundesjugendwerk der AWO

Mark Unbehend ist Verbandsreferent des Bundesjugendwerkes der AWO und vertritt den Deutschen Bundesjugendring im „Ständigen Beraterkreis für Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung“.

... IN UNSEREM REICHEN ARMEN LANDE ...

„Denk ich an Deutschland in der Nacht“, wie oft ist dieses Heine-Zitat schon ge- und missbraucht worden, aber wo ist es treffender, als wenn es in einer der reichsten Volkswirtschaften der Welt um Kinderarmut geht?

Eine Gesellschaft, die Balltretern und Pseudosternchen zu Millionengagen verhilft, deren Manager das Hundertfache ihrer Facharbeiter erhalten und dabei auch noch Millionen in den Sand setzen, deren Großaktionäre weitestgehend keine Steuern zahlen, blendet aus, dass es auch hierzulande viele Kinder und Jugendliche gibt, die so arm sind, dass sie sich die Dinge nicht leisten können, die in Deutschland zu einem normalen Leben dazu gehören.

Heute gilt jedes siebte Kind in Deutschland als arm. Tendenz steigend. Immer mehr Kinder müssen von Sozialhilfe leben. Diese Zahl sei die einzige, die in Deutschland ständig steige, sagt der Präsident des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers: „Das sind Kinder, die oft ohne Frühstück in die Schule kommen und in der zweiten Hälfte des Monats nicht mal mehr einen Euro haben, um sich Pommes kaufen zu können.“

Wer aus bildungsfernen Schichten kommt, hat heute kaum mehr Chancen, diese zu verlassen. Akademikerkinder haben in Bayern eine 10-fach höhere Chance aufs Gymnasium zu gehen als Arbeiterkinder, jeder Zehnte verlässt die Schule ohne Schulabschluss, gleichzeitig gibt es immer weniger ArbeitgeberInnen, die bereit sind, Jugendliche ohne Abschluss einzustellen.

Armutsursache Nummer eins ist die Arbeitslosigkeit oder der geringfügige Lohn der Eltern. Migrantenfamilien sind dreimal so oft von Armut betroffen wie deutsche Familien. Mangelnde Sprachkompetenz, in Film und Fernseh-

hen gerne belächelt, verbaut den Weg in eine erfolgreiche Lebensplanung.

Kinderreichtum ist ein Armutsrisiko, aber genauso leben alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern meist unter der Armutsgrenze. Dazu kommen über dreißigtausend Menschen, die nach Expertenschätzungen in München in prekären Verhältnissen als „illegale“ leben, was heißt ohne gültigen Aufenthaltsstatus, was auch heißt ohne Rechte und Schutz. Mehrere hundert „illegale“ Kinder sind die Leidtragenden.

Die notwendigen Maßnahmen, wie die Einführung von Mindestlöhnen, die Anhebung der Sozialhilfesätze in Richtung einer sozialen Grundsicherung, Arbeitsmarktmaßnahmen, der Ausbau der Kinderbetreuungen, eine wirkliche Sanierung des gesamten Bildungssektors, die im Idealfall einer Selektion und Stigmatisierung schon ganz früh entgegenwirkt, als auch die Betreuung von Übergängen von der Schule in die Arbeitswelt, eine Wiederankurbelung des sozialen Wohnungsbaus, endlich eine rechtliche Anerkennung und dauerhafte Duldung der Menschen ohne Papiere, der „Sans Papiers“...

... all die notwendigen Bausteine wären ja bekannt, aber das liebe Geld - das liebe Geld? Deutsche Truppen am Hindukusch und auf dem Balkan, Steuerenkungen für Besserverdienende, Steuerbefreiungen der großen Konzerne, Transrapid als Vorortbahn, Toll Collect und keine Vermögenssteuer. Es gäbe viele Sachen, wo man viel Geld sparen oder kriegen könnte, wenn man nur wollte.

Und so bin ich dann doch des Öfteren um den Schlaf gebracht, wenn ich des Nächstens an Kinderarmut in Deutschland denke, und fühl mich dann nicht mehr so wohl in unserem reichen armen Lande.

Bis bald, Euer

Norbert Steger
Stellvertretender Vorsitzender des LJW
der bayerischen Arbeiterwohlfahrt

Ungekürzter Nachdruck aus der Zeitschrift „Megaphon“ (Ausgabe 2/2004) des Landesjugendwerkes der bayerischen AWO

KONTAKT:

LJW der bayerischen AWO
Fon: 089/54726012
e-mail: ljw-bayern@t-online.de
www.ljw-bayern.de

Foto: Julia Koretzki



FORTSETZUNG DER AWO-ISS-STUDIE ZU „KINDERARMUT“: ALLES SCHON ENTSCIEDEN?



Foto: Sven Sprenger

ZUR STUDIE ALLGEMEIN

Die AWO-ISS-Studie „Lebenslagen und Zukunftschancen (armer) Kinder in Deutschland“ ist die erste bundesweite Langzeituntersuchung über Kinderarmut. Das Projekt läuft inklusive Vorarbeit seit 1997 und begann mit einer Erhebung von 900 Kindern in 60 Kindertageseinrichtungen (KiTas) der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in ganz Deutschland. Durchgeführt wird es vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Zusammenarbeit mit vielen ErzieherInnen vor Ort. Bisher besteht die AWO-ISS-Studie aus drei Teilen: Ersterhebung 1999 im Vorschulalter durch ErzieherInnen („Gute Kindheit – Schlechte Kindheit“), Vertiefungsstudie 2001 bei Extremgruppen im frühen Grundschulalter (1. und 2. Klasse) sowie die aktuelle Wiederholungserhebung 2003/2004 (in zwei Wellen) im späten Grundschulalter (3. und 4. Klasse) durch standardisierte Kinder- und Elternbefragungen. Die quantitativen Ergebnisse werden durch qualitative Fallstudien ergänzt.

FORSCHUNGSFRAGEN

Folgende Fragestellungen waren für die Untersuchung von zentraler Bedeutung: Wie ist die Entwicklung der (armen) Kinder vom Ende der Kindergartenzeit bis zum Übergang auf die Sekundarstufe verlaufen (Typ, Schulform)? Welches Bewältigungsverhalten zeigen die (armen) Kinder? Welche Bedeutung haben das familiäre Netzwerk und soziale Hilfen? Dabei soll nicht nur nach Armut differenziert werden (arme und nicht arme Kinder im

Oder: Was ist aus den (armen) Kindergartenkindern bis zum Ende der Grundschulzeit geworden? - ausgewählte Ergebnisse der 1. Erhebungswelle aus dem aktuellen Zwischenbericht

Vergleich), sondern nach Migrationshintergrund, Familienform, Geschlecht und Region.

ARMUTSDEFINITION UND LEBENSLAGENKONZEPT

Als Armutsgrenze wurde die Hälfte des durchschnittlichen bedarfsgewichteten Nettomonatseinkommens pro Person in Deutschland verwendet. Alternatives Kriterium war der Sozialhilfebezug. Neben relativer Armut (unter 50% des Durchschnitts-Nettoeinkommens) werden zusätzlich im Endbericht die Bereiche prekärer Wohlstand (50% bis 75%) und gesicherter Wohlstand (ab 75%) zur Analyse der Übergänge in die Armut oder aus der Armut unterschieden werden.

Die Armutsstudie arbeitet mit einer Kombination aus Ressourcen- und Lebenslagenkonzept, d.h., es werden die Lebenslagen der Kinder in Abhängigkeit von den finanziellen Ressourcen in der Familie betrachtet. Zu den Lebenslagen (Dimensionen) zählen die materielle, gesundheitliche, soziale und kulturelle Lage des Kindes. Als auffällig gilt das unterste Fünftel jeder Dimension. Aus den einzelnen Dimensionen wird der Lebenslagentyp gebildet. Ist ein Kind in keiner Dimension auffällig, lebt es im „Wohlergehen“; hat

es ein oder zwei Auffälligkeiten, lebt es in „Benachteiligung“; bei drei oder vier Auffälligkeiten leidet es unter „multipler Deprivation“. [Anm. der Redaktion: Deprivation = Unterversorgung]

ARMUT UND ARBEIT

Wie auch aktuelle Zahlen für ganz Deutschland bestätigen (ISI 33/Januar 2005: 4) betrifft Armut (neben den Risikogruppen Alleinerziehende und Migranten) vermehrt die „Mitte der Gesellschaft“. In unserer Studie ergab sich das Bild einer 2/3-Gesellschaft: 68% der untersuchten Kinder lebten nie in Armut; 32% machten 1999 oder 2003 eine Armutserfahrung. 12% der Kinder waren zu beiden Zeitpunkten arm. Besonders von Dauerarmut betroffen waren Migrantenkinder und immer Alleinerzogene. Allerdings zeigt sich auch bei Normalfamilien eine Zunahme der Armut. Einmal arm bedeutet für viele Kinder dauerhaft arm: Zwei von drei armen Vorschulkindern waren auch am Ende der Grundschulzeit arm. Armut trotz Arbeit: Jedes zweite arme Kind hatte einen erwerbstätigen Elternteil („working poor“). Und fast alle Kinder im prekären Wohlstand hatten erwerbstätige Eltern („working prekär“) – die Hälfte davon waren sogar Doppelverdiener.

Tab.: Armutsdynamik 1999 – 2003 nach Familienform und Migrationshintergrund

Familiäre Einkommenslage	Familienform		Migrationshintergrund	
	Immer 2-Eltern	Immer 1-Eltern	Nicht-Migrant	Migrant
Nie Armut (nie arm 1999 und 2003)	71%	67%	77%	44%
Aufstieg aus Armut (nur 1999 arm)	6%	9%	5%	7%
Abstieg in die Armut (nur 2003 arm)	15%	0%	11%	24%
Dauerarmut (1999 und 2003 arm)	8%	24%	7%	24%
Anzahl	187	21	166	70

Quelle: „Armut im späten Grundschulalter – Stichprobe 2003“, Berechnungen des ISS. (vgl. Holz/Puhlmann 2005: 61)

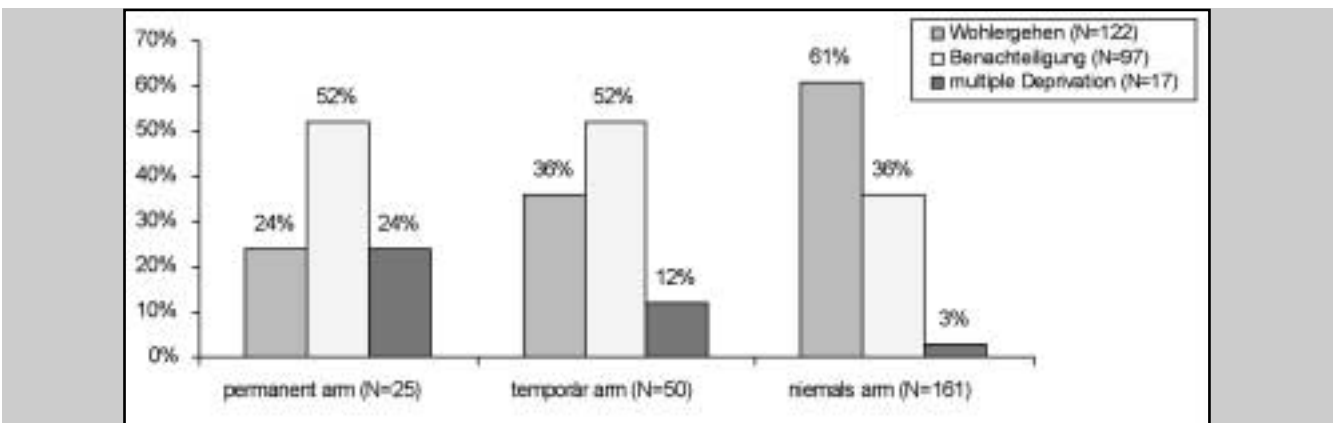
LEBENSLAGEN UND TYPEN

Der Vergleich von armen und nicht armen Kindern zeigt: Arme Kinder sind wieder in allen vier Lebenslagen signifikant auffälliger als nicht arme Kinder. Verschlechtert hat sich besonders die Grundversorgung, gemessen an Indikatoren wie Wohnverhältnisse (sozialer Brennpunkt, Kinderzimmer), Taschengeld, Ernährung und Kleidung. Aber auch bei anderen Indikatoren sind arme Kinder im Nachteil: Arme Kinder bekommen trotz schlechterer Noten weniger regelmäßig Nachhilfe oder Förderunterricht als nicht arme Kinder (10% vs. 17%), spielen seltener ein Musikinstrument

(13% vs. 29%) und sind seltener im Verein (40% vs. 69%). Entsprechend öfter bleiben sie sitzen oder landen auf der Sonderschule (17% vs. 7%).

Kinder mit Armutserfahrung sind öfter multipel depriviert und leben seltener im Wohlergehen. Diese Ungleichheit der Lebenslagetypen zwischen Armen und nicht Armen hat sich durch Defizite bei der Grundversorgung in der Grundschulzeit noch verschärft. Davon sind insbesondere Kinder von Alleinerziehenden oder mit Migrationshintergrund betroffen, bei denen besonders viele arm sind.

Abb. 1: Lebenslagetypen der Kinder nach Armutsperioden 1999 und 2003



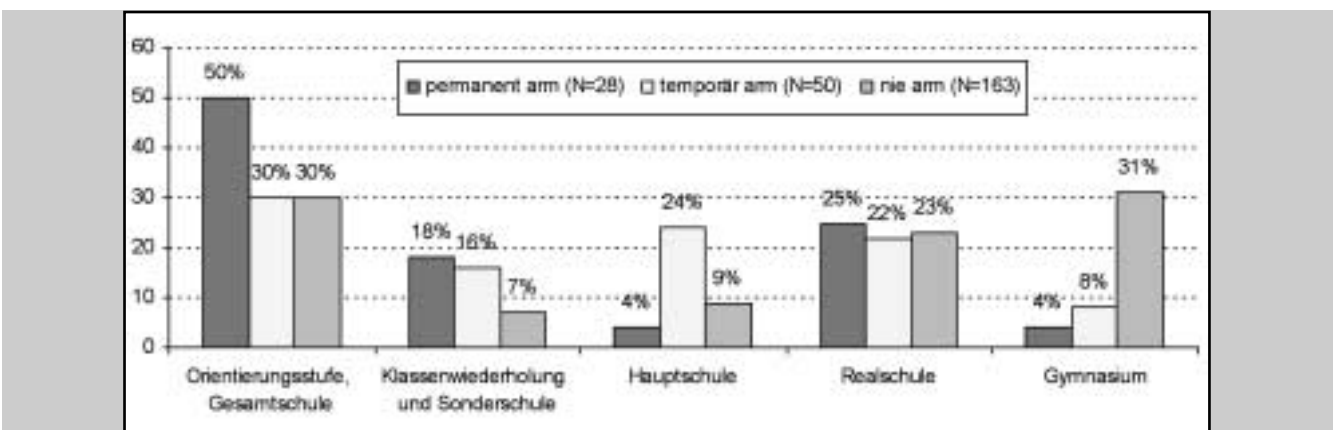
Quelle: „Armut im späten Grundschulalter – Stichprobe 2003“, Berechnungen des ISS. (vgl. Holz/Puhlmann 2005: 70)

BILDUNG IN KiTA UND SCHULE

Eine Armutserfahrung – ob im Kindergarten oder in der Grundschule – beeinträchtigt sehr oft die spätere Schullaufbahn der Kinder – selbst bei gleicher Schulleistung oder gleichem Bildungsniveau der Eltern: Kinder ohne Armutserfahrung sind fast viermal häufiger auf dem Gymnasium vertreten als Kinder mit einer Armutserfahrung und gar achtmal mehr als Kinder in Dauerarmut – letztere sind entsprechend mehr in den unteren Schul-

formen (Haupt- und Sonderschule) oder bei der Gruppe der KlassenwiederholerInnen zu finden. Nur bei den mittleren Schulformen Real- und Gesamtschule bzw. Orientierungsstufe gibt es (noch) keine Unterschiede (vgl. Abb. 2) – abgesehen von dem hohen Anteil an Gesamt- bzw. OrientierungsstufenschülerInnen an den Dauerarmen, den man wegen der niedrigen Fallzahl in der Gruppe nicht überbewerten sollte.

Abb. 2: Künftige Schullaufbahn nach Armutsperioden 1999 und 2003



Quelle: „Armut im späten Grundschulalter – Stichprobe 2003“, Berechnungen des ISS. (vgl. Holz/Puhlmann 2005: 75)

Positiv auf den Bildungsverlauf aller Kinder wirkt sich ein reguläres KiTa-Eintrittsalter aus. Dabei kommt der Frühförderung eine große Bedeutung zu. Es besteht zum Beispiel ein signifikanter Zusammenhang zwischen Sprachauffälligkeiten im Vorschulalter

und Deutschnote am Ende der Grundschulzeit: Von den auffälligen Kindern haben über 40% eine schlechte Deutschnote (ausreichend oder mangelhaft), von den unauffälligen Kindern nur 14%.

FAZIT

Obwohl das Sample nicht repräsentativ ist (Einrichtungen mit armen Kindern wurden bewusst überrepräsentiert), kann man aus den Ergebnissen doch Trends ableiten: Arme Kinder hatten schon im Kindergarten in allen Lebenslagen Nachteile und diese Schere hat sich bis zum Ende der Grundschulzeit weiter geöffnet. Da Armut der Familie ein komplexes Problem darstellt und oft mit weiteren gesundheitlichen, sozialen oder kulturellen Defiziten der Eltern verbunden ist, fällt es auch schwer, adäquate Hilfen für jeden Einzelfall anzubieten oder gar zu bewerten (Evaluation). Unsere Studie liefert aber einige Handlungsansätze zur Armutsprävention. Positiv wirken sich aus z.B.: gutes Familienklima und Aktivitäten mit den Eltern, bewusste Entscheidungsspielräume, viel Sport, gutes soziales Netzwerk (Freundschaften, Vereine, Vertrauenspersonen), kulturelle Anregungen (Bücherei- und Museumsbesuche), Kontakte der Eltern mit der Schule (Elternabende, Sprechstunden) und Fördermaßnahmen (Extrakurse, Musikunterricht, Hort, Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe, Förderunterricht).

Interessant wäre es zu sehen, wie sich die Schulkarriere bei den untersuchten Kindern weiter entwickelt (insbesondere im mittleren Bereich der Orientierungsstufe, Gesamt- und Realschule, in dem noch nichts entschieden ist) und sich später der Übergang in den Beruf gestaltet. Das Projekt endet vorerst im Herbst. Dann wird auch der Endbericht mit allen Ergebnissen erscheinen. Eine Fortsetzung der Studie ist noch offen und damit eine Antwort auf die Frage(n): „Werden aus armen Kindern arme Erwachsene?“ Und vor allem – „Was können wir dagegen tun?“ □

Andreas Puhlmann

Andreas Puhlmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt a.M.

Quellenangabe: Noll, Heinz-Herbert/Weick, Stefan (2005): Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Ausgabe 33/Januar 2005, S. 6

Auswahl an Publikationen des ISS zum Thema „Kinderarmut“

- **Gerda Holz/Andreas Puhlmann (2005):** Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituation armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule
Inhalt: Zwischenergebnisse der **3. AWO-ISS-Studie** mit Analysen zur aktuellen Lebenssituation der zehnjährigen Kinder und ihrer Entwicklung seit 1999
- **Gerda Holz/Susanne Skoluda (2003):** Armut im frühen Grundschulalter
Inhalt: Ergebnisse der **2. AWO-ISS-Studie** als vertiefende Untersuchung von achtjährigen Kindern in belasteten Lebenslagen mit Blick auf ihre Situation, Ressourcen und ihr Bewältigungsverhalten - ausführliche Falldarstellungen
- **Beate Hock/Gerda Holz/Renate Simmedinger/Werner Wüstendörfer (2000):** Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland
Inhalt: Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen für Politik, Wissenschaft und Praxis zur **1. AWO-ISS-Studie** von 1997 bis 2000
- **Gerda Holz/Vanessa Schlevogt/Thomas Kunz/Evelin Klein (2005):** Armutsprävention vor Ort – „Mo.Ki - Monheim für Kinder
Inhalt: Konzept und Bausteine eines präventiv wirkenden kommunalen Kinder-/Jugendhilfesystems und Entwicklung von Elementen einer kindbezogenen Armutsprävention. **Mo.Ki** ist Gewinner des Deutschen Präventionspreises 2004 und wurde von der OECD in der „Kindergarten-PISA 2004“ als herausragendes Modell der Förderung von sozial benachteiligten Kindern im KiTa-Bereich bewertet.

Die genannten Publikationen kosten pro Band 12,40 Euro (plus Versandkosten) und sind beim ISS und im Buchhandel erhältlich.

KONTAKT:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
Fon: 069/95789-200 • e-mail: info@iss-ffm.de • www.iss-ffm.de

ISW

analysen fakten & argumente
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.



Am Beispiel Siemens wird untersucht, wie sich der Übergang von der Produktions- zur Wissensgesellschaft und die damit zusammenhängende Globalisierung von Produkten und Märkten auf die Unternehmenskultur und insbesondere auf deren Kern, das System der Arbeitsbeziehungen, auswirken. (Stichpunkte: Kernbelagchaften, Offshoring)

isw-forschungshefte 2
März 2005 / 4,00 EUR + Vers.



Fakten u. Argumente zu den Stichworten: Sozialprodukt, Produktivität, Preise, Außenhandel, Einkommensverteilung, Löhne, Vorstandsbezüge, Gewinne/Profite, Steuern, Investitionen, Staatsverschuldung, Reichtum/Vermögen, Armut/Schulden, Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung, Fusionen/Pleiten, Renten, Gesundheit

isw-wirtschaftsinfo 37
April 2005 / 5,00 EUR + Vers.

ISS-Branchenhefte (ISS) 1814-8234

ISS-Wirtschaftsinfo (ISS) 1814-8232

Bestellungen
Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung, Johann-v.-Werth-Straße 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de, www.isw-muenchen.de

BILDUNG – EINE WAFFE IM KAMPF GEGEN KINDERARMUT



Foto: Julia Koretzki

In der Vorweihnachtszeit wurde – wie gewohnt – viel über die Kinderarmut in der Bundesrepublik gesprochen und geschrieben, bis zahllose Medienberichte über die Flutkatastrophe in Südostasien das Thema zum Jahreswechsel 2004/05 schlagartig von der öffentlichen Agenda verdrängten. Die sehr ausgiebige und zum Teil geradezu voyeuristisch anmutende Tsunami-Berichterstattung verbreitete die entpolitisierend wirkende Botschaft, dass letztlich die Natur das menschliche Schicksal bestimmt (also nicht die Gesellschaft) und dass es „uns“ eigentlich noch ganz gut geht, in der sog. Dritten Welt jedoch wirklich Not und Elend herrschen. Tatsächlich ist (relative) Armut in der Bundesrepublik etwas ganz anderes als (absolute) Armut in Bangladesch oder Burkina Faso. (Kinder-)Armut kann in einer reichen Umgebung gleichwohl bedrückender und bedrängender sein, in einer reichen Gesellschaft, wo sie weniger zur Solidarisierung als zur Stigmatisierung der Betroffenen führt.

DIE GESELLSCHAFTLICHEN URSACHEN DER (KINDER-)ARMUT

Kinder sind heute auch in hoch entwickelten Wohlstandsgesellschaften u.a. immer stärker von Armut betroffen, weil das Projekt eines neoliberalen „Um-“ bzw. Abbaus des Sozialstaates nach dem Vorbild des Marktes auf Kosten vieler

Eltern geht, die kaum mehr Schutz vor existenziellen Lebensrisiken genießen: Die Aushöhlung des „Normalarbeitsverhältnisses“ (erzwungene Teilzeit- und Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Honorar- bzw. Werkvertragstätigkeit), die durch wachsende Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen der Wirtschaft beschleunigte Auflösung der „Normalfamilie“ und die Entwertung des Sozialen verschlechtern nicht nur die Lebenssituation der Erwachsenen, sondern auch jene der nachfolgenden Generationen.

Bei den sog. Hartz-Gesetzen, der Agenda 2010, der Gesundheitsreform 2004 und den erst teilweise (z.B. im sog. Nachhaltigkeitsgesetz) legislativ umgesetzten Vorschlägen der sog. Rürup-Kommission handelt es sich um Maßnahmen zum Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, die seine ganze Architektur, Struktur und Konstruktionslogik verändern. Es geht längst nicht mehr nur um Leistungskürzungen im sozialen Sicherungssystem, sondern um einen Systemwechsel, anders ausgedrückt: um eine zentrale gesellschaftliche Richtungsentscheidung, welche das Gesicht der Bundesrepublik auf absehbare Zeit prägen dürfte. Das nach Peter Hartz benannte Gesetzespaket markiert für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland eine historische Zäsur. Besonders mit Hartz IV sind Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden, die das politische Klima der Bundesrepublik auf Jahre, wenn nicht gar auf Jahrzehnte verschlechtern.

Langzeitarbeitslose erhalten seit dem 1. Januar 2005 statt der nach ihrem früheren Lohn bemessenen, wenngleich sehr viel niedrigeren Arbeitslosenhilfe das Arbeitslosengeld II, welches besser „Sozialhilfe II“ hieße, weil es keine Lebensstandardsicherung mehr bezweckt, sondern (mit einem Grundbetrag von 345 EUR monatlich für Alleinstehende im Westen bzw. 331 EUR im Osten plus Erstattung der Miet- und Heizkosten einer „angemessenen“ Wohnung) als Fürsorgeleistung nur noch die Existenz sichern soll.

Auf zwei Jahre befristete Übergangszuschläge in Höhe von maximal 160 EUR und auf drei Jahre befristete Kinderzuschläge für Geringverdiener in der Höhe von maximal 140 EUR verhindern nicht, dass Familien, die darauf zurückgreifen müssen, an den Rand unserer Gesellschaft gedrängt werden. Die sog. 1-Euro-Jobs dürften auf dem Arbeitsmarkt zu einem harten Verdrängungswettbewerb führen. Vor allem gering qualifizierte Arbeitnehmer/innen fürchten, dass man sie durch Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen ersetzt, was Auswirkungen auf das gesamte Lohngefüge haben wird. Niedriglohnjobs dürften längerfristig zur gesellschaftlichen Normalität werden.

ARMUT, BILDUNG UND BILDUNGSARMUT

Alleinerziehende, Mehrkinder- und Migrantenfamilien leiden besonders stark unter der zunehmenden Polarisierung moderner Gesellschaften. Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in materieller Not auf. Armut ist jedoch mehr, als wenig Geld zu haben, denn sie bedeutet für davon Betroffene auch, persönlicher Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, sozial benachteiligt und (etwa im Hinblick auf Bildung, Gesundheit und Wohnsituation) unterversorgt zu sein. Bildungschancen und Schulleistungen solcher Kinder lassen, wie PISA und andere Studien bestätigen, zu wünschen übrig. Gespart wird in einer finanziellen Mangel-situation zuerst an der Bildung: Eltern ohne bzw. mit einem niedrigen Erwerbseinkommen schicken ihre Kinder nicht auf weiterführende Schulen, setzen vielmehr auf eine möglichst kurze Berufsausbildung, die – ein Teufelskreis – das Armutsrisiko der Betroffenen wiederum erhöht.

Angesichts der dadurch verstärkten Chancenungleichheit in der Gesellschaft bildet Kinderarmut eine zentrale Herausforderung für die Bildungspolitik. Da jene Infrastruktur weitgehend fehlt, die es auch

„KINDERARMUT“

Alleinerziehenden erlaubt, neben der Familien- noch Erwerbsarbeit zu leisten, liegt hier – neben der notwendigen Erhöhung monetärer Transfers zu Gunsten sozial benachteiligter Kinder – ein wichtiger Ansatzpunkt für Gegenmaßnahmen. Ganztagschulen, die (kostenlose) Kindergarten- und Hortplätze ergänzen müssten, hätten einen positiven Doppelleffekt: Einerseits könnten von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert werden, andererseits (beide) Eltern leichter einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen und finanzielle Probleme besser meistern.

Nötig ist außerdem eine Strukturreform, die der sozialen Selektion durch das mehrgliedrige deutsche Schulsystem ein Ende bereiten müsste. In „einer Schule für alle“ wäre kein Platz für die frühzeitige Aussonderung von „dummen“ Kindern, die in Wahrheit arm sind bzw. aus sozial benachteiligten Familien stammen. Mit einer inklusiven Pädagogik, die keine „Sonderbehandlung“ für bestimmte Gruppen mehr kennt, könnte man sozialer

Desintegration und damit dem Zerfall der Gesellschaft insgesamt etwas entgegenwirken.

Bildungs-, besonders Schulpolitik und (Sozial-)Pädagogik sind gleichermaßen gefordert, für alle Menschen befriedigende Lebensverhältnisse und ein Höchstmaß an Chancengleichheit zwischen Kindern unterschiedlicher sozialer wie ethnischer Herkunft zu schaffen. Bildung ist keine politische Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut, kann aber gerade im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“, wo (Arbeits-)Produktivität und eine hohe Qualifikation des „Humankapitals“ als Standortfaktoren fungieren, zur Erhöhung der Lebenschancen von Kindern aus sog. Problemfamilien beitragen, allerdings nur, wenn sie nicht den Marktgesetzen bzw. privaten Verwertungsinteressen unterworfen und für eine „kaufkräftige Kundschaft“ reserviert wird. Gerade wer die internationale Konkurrenzfähigkeit des „Standorts D“ gewährleisten will, müsste eigentlich dafür Sorge tragen, dass alle Gesellschaftsmitglieder ihre be-

ruflichen Qualifikationsmöglichkeiten optimal nutzen können.

Hinsichtlich der Integration bzw. Inklusion von Kindern aus unterprivilegierten Elternhäusern wirken Bildungs- und Sozialpolitik komplementär. Sie dürfen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden, indem man die Bildungs- als „präventive Sozialpolitik“ bezeichnet und sie damit positiv von einer nur „nachträglich ausgleichenden Sozialpolitik“ abgrenzt. Wer mit dem Hinweis auf schlechte Ergebnisse deutscher Schüler/innen bei PISA eine kostspielige Bildungsoffensive fordert, wird ungläubig, wenn er die dafür nötigen Finanzmittel aus dem Sozialetat nehmen will! □

Christoph Butterwegge

Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln und ist Koautor des soeben erschienenen Buches „Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland“ (VS – Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005).

...wissen, was die SPD-Linke diskutiert –

spw



spw analysiert die Veränderungen im modernen Kapitalismus und zieht daraus Konsequenzen für die reformpolitische Praxis.

spw steht für die Verständigung radikalreformerischer Kräfte aus dem Umfeld von SPD, Grünen und PDS.

In spw publiziert das Forum DL21.

Wir wissen: eine rot-grüne Bundesregierung allein ist keine Garantie für sozial-ökologische Reformen. Wer eine zivile und gerechte Gesellschaft will, muss auch gesellschaftlichen Druck organisieren.

In spw lesen Sie, was und mit wem die Linke in der SPD diskutiert, damit sozialdemokratische Grundsätze Politik werden.

spw, die ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT, erscheint 6-mal jährlich mit einem Umfang von je 60 Seiten.

Kostenloses Probeheft:

www.spw.de oder Fax 02 31 – 40 24 16

ALTERNATIVEN ZUR ARMUT

Armut beseitigen - das Ziel ist klar, doch wie soll das denn gehen? Der derzeitige politische Mainstream verkündet das Allheilmittel der Arbeit und hofft, dass die Unternehmen doch bitte Arbeitsplätze schaffen. Doch dies verbindet sich offensichtlich nicht mit dem Profitmaximierungsinteresse der Unternehmen. Und es ist auch gar nicht genug Arbeit für alle da. Es wird Zeit, über Alternativen nachzudenken.

„Wir fordern die bedingungslose Grundsicherung („sozio-kulturelles Minimum“) für alle Menschen, da Menschen mit ihrer Geburt Menschen sind, ohne sich ihr Recht auf Leben - und nicht Überleben - erst ‚verdienen‘ zu müssen.“ So lautet eine Forderung des Jugendwerkes der AWO in seinem 2004 beschlossenen pädagogischen Konzept. Der Deutsche Bundesjugendring fordert ein „Grundeinkommen für alle“. Doch wie könnte ein solches Alternativ-Modell sozialer Sicherung genau aussehen?

Dazu gibt es mittlerweile schon mehrere Vorschläge, die verschieden genannt werden: Existenzgeld, Grundsicherung, Grundeinkommen, Bürgergeld,... Dahinter verbergen sich unterschiedliche Konzepte. Zwei davon werden auf den kommenden Seiten vorgestellt. Weitere Infos finden sich auf der Homepage des Netzwerkes Grundeinkommen. www.grundeinkommen.de □

Mark Unbehend

EXISTENZGELD – EINE ANTWORT AUF DIE KRISE DES SOZIALEN

Ein kurzer Hinweis der BAG – SHI

Die Zerstörer der sozialen Sicherungssysteme und ihre neoliberalen Helfer handeln Hand in Hand: Die Verträge von Amsterdam und Maastricht zwingen scheinbar zum Sparen. Die Regierung und das organisierte Unternehmertum nehmen bei den Armen, während die Regierung den Spitzensteuersatz senkt. Eine radikale Umverteilung von unten nach oben steht auf der Agenda des Kapitals und seiner Helfer in den Regierungen.

Die Unternehmer fordern eine radikale Arbeitszeitverlängerung bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten. Wegeunfälle sollen allein vom Arbeitnehmer getragen werden. Die Kosten der Krankenversorgung werden privatisiert, selbst die Arbeitsschutzbestimmungen sollen ausgehöhlt werden. Das neue Kündigungsschutzgesetz erlaubt ausdrücklich betriebsbedingte Kündi-

gungen bei längeren oder häufigeren Krankheiten der Arbeitnehmer.

Gleichzeitig wird das Risiko der Erwerbslosigkeit nicht mehr sozial abgesichert. Alle Gesetze, die scheinbar der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit dienen sollen, vom Job-Aktiv-Gesetz angefangen bis hin zu den „Gesetzen über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, dienen letztendlich dazu, die Erwerbslosen zu bekämpfen und die Löhne derer zu drücken, die sich noch in Arbeitsverhältnissen befinden.

Insbesondere „Hartz IV“ dient einzig und allein diesem Zweck. Der Öffentlichkeit wird diese Politik mit einer Kampagne gegen Erwerbslose verkauft. Ich erinnere hier an das unsägliche Kanzlerwort: „Es gibt kein Recht auf Faulheit.“ In Wahrheit wollen die Menschen arbeiten, aber sie wollen huma-



Fotos: Julia Koretzki



ne Arbeitsbedingungen und einen gerechten Lohn für ihre Arbeit.

Auf dem Arbeitsmarkt finden immer mehr Menschen keinen Platz mehr. Sie sind in dem Sinne überflüssig geworden, dass sie ihre Ware Arbeit nicht mehr am Markt verkaufen können, da mehr Anbieterinnen dieser Ware als Käuferinnen diesen Markt aufsuchen. Diese Menschen sollen nun mit Hartz IV in Billigjobs gezwungen werden. Hartz IV erhöht den Zwang zur Arbeit im Niedriglohnssektor. Die Grenze nach unten liegt im schlimmsten Fall bei einem Euro pro Stunde.

Die Anzahl arbeitender Armer wird sich in jedem Fall erhöhen. Lebenslagen von Menschen, in denen sie trotz Arbeit noch unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, werden der Regelfall werden. Menschen, die sich und ihren

„KINDERARMUT“

Kindern mit dem Lohn für ihre Arbeit ein gutes Leben verschaffen können, werden die Ausnahme sein. Tätigkeiten, die gesellschaftlich wichtig und nützlich sind, wie z.B. Erziehung der Kinder, Pflege von Angehörigen, werden nicht mehr ausgeübt werden können.

Gleichzeitig leben wir in einer Konsumgesellschaft. Gesellschaftliche Teilhabe wird vor allem über die Fähigkeit zum Konsum entschieden. Dies bedeutet, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur denen möglich ist, die genügend Geld besitzen. Alle anderen werden ausgeschlossen. Von 345 Euro im Westen beziehungsweise 331 Euro im Osten und einem geringen Mietanteil leben zu müssen, bedeutet, auf soziale Kontakte und Kultur verzichten zu müssen: kein Theater, kein Sportverein, keine Geburtstagsfeier. Selbst ein Essen mit Freunden kann als unwirtschaftliches Verhalten gedeutet werden.

EXISTENZGELD FÜR ALLE – AN STELLE VON STAATLICH VERORDNETER VERARMUNG DURCH HARTZ IV UND NIEDRIGLÖHNE

Das Existenzgeld schafft Armut jetzt ab. Es beendet den Zustand, dass der Reichtum der Einen sich auf dem Elend der Anderen gründet. Anstelle der jetzt stattfindenden Umverteilung von unten nach oben bietet es die Möglichkeit einer radikalen Umverteilung von oben nach unten.

„Eine wirklich demokratische Politik muss sich die Möglichkeit eröffnen, der Wahl zwischen zwei Übeln zu entgegen, nämlich einerseits der technokratischen Arroganz, die Menschen zu ihrem Glück zwingen zu wollen, und andererseits der demagogischen Kapitulation, die die Regeln des Marktes und die Sanktion der Nachfrage einfach hinnimmt.“ (Pierre Bourdieu, Post-Scriptum zu „Das Elend der Welt“, deutsche Fassung, Konstanz 1997, S. 87)

Alle Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, werden ein Existenzgeld bekommen. Dieses Geld wird ihnen unabhängig von Alter, Geschlecht oder Nationalität in gleicher Höhe ausbezahlt. Bedürftigkeitsprüfung, Unterhaltspflicht, Arbeitszwang entfallen. Ausländer und Deutsche, Männer, Frauen und Kinder werden erstmals ökonomisch gleichgestellt.

Damit entfällt ein Teil der Basis für Unterdrückung, nämlich die ökonomische. Der oder die Jugendliche kann sein Elternhaus verlassen, das versucht, ihn oder sie in eine Ausbildung zu zwingen, die er oder sie nicht will, die Frau ihren Ehemann, von dem sie bisher ökonomisch abhängig war, ohne am Hungertuch nagen zu müssen. Ausländer werden nicht mehr um ihre Aufenthaltsgenehmigung nach Verlust des Arbeitsplatzes fürchten müssen, da das Existenzgeld ein Recht und keine Wohltätigkeit ist, wird es auf keinen Fall an den Aufenthaltsstatus gekoppelt.

FÜR DIE MONATLICHEN AUSGABEN HABEN WIR FOLGENDES ERRECHNET:

Ernährung und Dinge des täglichen Bedarfs:	270 €
Energiekosten:	40 €
Gesundheit:	20 €
Gesetzliche Krankenversicherung:	110 €
Soziales (Kommunikation, Kultur, Sport, Hobbys, Bildung, Mitgliedsbeiträge, Interessenvertretung,...)	110 €
Urlaub:	65 €
Mobilität:	55 €
Bekleidung:	80 €
Instandhaltung der Wohnung:	50 €

Zusätzlich zum Existenzgeld werden die Kosten für die Wohnung nach Mietspiegel übernommen. Das werden für eine Einzelperson rein rechnerisch, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass 43% der Bevölkerung über Wohneigentum verfügen, 255 Euro sein.



Foto: Julia Koretzki

Jeder Mensch bekommt 800 Euro pro Monat. Darin enthalten sind die Kosten für die Krankenversicherung. Das Existenzgeld ist unpfändbar und wird an steigende Lebenshaltungskosten angepasst.

Die individuellen Kosten richten sich nach dem örtlichen Mietspiegel und der Angemessenheit des Wohnraums. Familien und Wohngruppen werden in unserem Modell bevorzugt behandelt. Dies ist ausdrücklich so gewünscht

und wirkt hoffentlich der von der neoliberalen Gesellschaft geförderten Atomisierung entgegen.

Menschen, die auf Grund ihrer speziellen Situation über das Existenzgeld hinausgehenden Bedarf haben, können diesen über einen Allgemeinen Sozialen Dienst decken. Wir denken dabei an Rollstühle, Schwangerschaften, die erste eigene Wohnung und ähnliche einmalige Lebenssituationen.

Mit dem Existenzgeld schaffen wir ein Mittel, um die Diskriminierung, Benachteiligung und Spaltung unterer Einkommensschichten aufzuheben. Gleichzeitig wollen wir die Arbeit gerecht verteilen, indem wir die Arbeitszeit soweit verkürzen, dass jede und jeder, der oder die erwerbstätig sein will, dies auch kann. Jugendliche, die einen Beruf erlernen wollen, müssen dies uneingeschränkt können. Die Unternehmer müssen zur Ausbildung gezwungen werden.

Ein Existenzgeld, das mit diesen Forderungen verknüpft wird, ermöglicht jedem Menschen ein Leben in Würde. Die Armut, Geißel der Menschheit, wird abgeschafft. Wir wünschen uns, dass dies überall auf der Erde geschieht, je nach den Bedingungen des jeweiligen Landes.

Hier und heute beginnen wir damit, indem wir die Menschen gleich behandeln. Das Asylbewerberleistungsgesetz wird abgeschafft. Es ist nicht einzusehen, dass gerade Flüchtlinge, die meist traumatische Erlebnisse hatten, hier bei uns unter der Armutsgrenze dahinvegetieren müssen. Selbstverständlich bekommen auch Asylbewerber Existenzgeld.

Alle Leistungen, die keine Versicherungsleistungen sind, werden durch das Existenzgeld ersetzt. BAFöG, Arbeitslosenhilfe, Unterhalt, ohne dass ich in diesem kurzen Text auf die Vorteile für die einzelnen Gruppen eingehen kann. Jeder und jede hat hiermit die ökonomische Basis, ihre oder seine Kenntnisse und Fähigkeiten zu entfalten. Lange Ausbildungen müssen nicht mehr am Geld scheitern. Ein freies Jahr, Teilzeitarbeit, Jobsharing und ähnliche Modelle der Erwerbstätigkeit werden möglich, ohne dass mensch in die Armutsfalle hinein fällt. Menschliche Ressourcen können sich entwickeln.

Und das Beste daran: Es ist bezahlbar. Finanziert werden soll das Existenzgeld primär durch das Take-Half-Modell. Jede und jeder gibt die Hälfte seines oder ihres Nettoeinkommens und bekommt das Existenzgeld. Dies gilt für Couponschneider, Milliardäre, Grundrentner, Rentner, Jobber, Normalarbeiter, sogenannte Habenichtse. Als Zwischenschritt auf dem Weg zum Existenzgeld wären folgende Steuern zu erheben: Spekulationssteuer, Kapitalexpertsteuer, Erbschaftssteuer usw.



Foto: Julia Koretzki

Bei öffentlichen Verwaltungen wie Sozialämtern und Arbeitsämtern ist ebenfalls mit erheblichen Einsparungen zu rechnen. (siehe Wolfram Otto, in: Existenzgeld für Alle – Das Konzept der BAG – SHI, September 2000/2002)

Das Existenzgeld eröffnet uns den Weg in einen echten Wohlfahrtsstaat, indem die Wirtschaft dem Menschen dient und nicht umgekehrt. Dem Patriarchat so wie auch rassistischen Ideologien wird die materielle Basis entzogen. Tendenziell schafft das Existenzgeld die Möglichkeit eines anderen Umgangs mit differenten Lebensentwürfen und Wohnformen.

Langfristig werden sich Formen und Inhalte menschlicher Arbeit verändern. □

Petra Leischen
im Auftrag der BAG – SHI

KONTAKT:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI)

Fon: 069/27220896 • e-mail: info@bag-shi.de
www.bag-shi.de

JUMP UP

Schallplattenversand

der linke Mailorder für die Musik
die man nicht überall bekommt



Pete Seeger, Woody Guthrie, Lead Belly, Alistair Hulett, Wenzel, Neuss, Degenhardt, Cochise, Ton Steine Scherben, Rotes Haus, Slime, Tod und Mordschlag, Quetschenpaua, Chumbawamba, Black 47, cowboy junkies, Zebda, Fermin Muguruzza, Karamelosanto, Panteón Rococó, ... sowie die Labels: Trikont, Putumayo, Piranha, Smithsonian Folkways, Metak, Gor, Gridalo Forte, Pläne, Conträr, AK PRESS ... und jetzt auch Bücher vom Atlantikverlag, Uurast, Papyrussea ... und jetzt ganz neu mit dem

Kinderprogramm von Ökotopia und Igel Records.

Hören was andere nicht hören wollen!

www.jump-up.de

info@jumpup.de

Schallplattenversand Matthias Henk, Postfach 11 04 47,
28207 Bremen, Tel/Fax: 0421/4988535

SOLIDARITÄT – CHANCE FÜR DIE ZUKUNFT

Die Hauptversammlung des Bundes der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) hat 2003 Eckpunkte für eine Vision gegen die Kinderarmut und die Armut von Familien beschlossen. Die Vision umfasst eine Weiterentwicklung des Sozialsystems in Deutschland. Im Zentrum steht dabei die Zahlung eines Grundeinkommens an alle und das Ende der Ausstiegsmöglichkeit der Reichen aus den solidarischen gesetzlichen Krankenkassen in die Private Krankenversicherung genauso wie mehr Investitionen in die Bildung und nachhaltiges Wirtschaften.

Für die katholischen Jugendverbände ist es nicht hinnehmbar, dass gerade Familien mit mehreren Kindern in Deutschland an die Armutsgrenze rücken. Ebenso muss eine menschenwürdige Absicherung von Arbeitslosen her. Denn keine Regierung scheint es zu schaffen, die Massenarbeitslosigkeit tatsächlich abzubauen. Der BDKJ fordert die Lösung der sozialen Absicherung von der Erwerbsarbeit. Denn daneben gibt es noch weitere gesellschaftlich notwendige Arbeiten wie Familienarbeit, Ehrenamt/bürgerschaftliches Engagement und (Weiter-)Bildung. Wer in einem dieser Bereiche aktiv ist, soll durch das Grundeinkommen ein menschenwürdiges Leben leben können. Hier die Eckpunkte der Vision, an der der BDKJ die aktuelle Politik misst.

Die Vision des BDKJ für eine gerechtere Gesellschaft - kurz gefasst:

Die **Kernpunkte** der Vision des BDKJ:

- Einführung eines Grundeinkommens, dass alle Bürger(innen) Deutschlands ohne Bedürftigkeitsprüfung erhalten. Das Grundeinkommen muss das soziokulturelle Existenzminimum (im Jahr 2003 mindestens 600 Euro pro Person) absichern und wird auf der Basis einer zukunftssicheren solidarischen Finanzierung gewährleistet.
- Das Grundeinkommen wird an alle Menschen ausgezahlt, die seit acht

Jahren oder von Geburt an ihren ersten Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben. Personen zwischen 18 und 64 Jahren müssen ihren Anspruch auf Grundeinkommen nachweisen. Alle Personen, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, erhalten das Grundeinkommen bis zum Lebensende, wenn sie mindestens für 20 Jahre ihren Anspruch auf den Erhalt des Grundeinkommens nachweisen können.

- Für Zuwanderinnen und Zuwanderer, Flüchtlinge, Asylbewerber(innen) und Asylberechtigte gelten eigenständige Lösungen der sozialen Sicherung, die ihnen das Grundeinkommen bei einem legalen Aufenthaltsstatus sichern.
- Das Grundeinkommen wird über die negative Einkommenssteuer bei einem Anrechnungsfaktor von 40 % und einem Grenzsteuersatz von 53 % realisiert.
- Die Finanzierung des Grundeinkommens, als neues Kernelement der sozialen Sicherung, wird über Steuern auf alle Einkommensarten und über eine Wertschöpfungsabgabe realisiert. Auf diese Weise tragen Arbeitnehmer(innen), Beamt(innen), Selbstständige, Vermögende und Arbeitgeber(innen) solidarisch zur sozialen Sicherung bei. Konkrete Elemente der Finanzierung im Einzelnen sind:
 - Steuern auf alle Einkommensarten, Umsatz- und Verbrauchssteuern bleiben bestehen
 - Installierung einer Wertschöpfungsabgabe, die die solidarische Beteiligung aller Arbeitgeber(innen) regelt. Die Abgabe der Arbeitgeber(innen) bemisst sich nach der Wertschöpfung und nicht nach der Anzahl der Beschäftigten.
 - Sukzessiv steigende „Ökosteuern“ auf Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung
 - Erschließung weiterer Steuern und Lenkungsinstrumente

- Ihren Anspruch auf den Erhalt des Grundeinkommens müssen Personen zwischen 18 und 64 Jahren durch mindestens 500 Stunden pro Jahr in einem der vier zentralen Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit nachweisen. Diese zentralen Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit sind: Familienarbeit, Bildung, Erwerbsarbeit und ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement.
- Gesetzliche Festlegung einer individuellen Jahreshöchsterwerbsarbeitszeit von 1.500 Stunden. Ziel ist der Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch Umverteilung von Erwerbsarbeit bei flexibler Arbeitszeitgestaltung.
- Die Kranken- und Pflegeversicherung bezieht alle Bürger(innen) ein und wird pro Person mit dem gleichen Prozentsatz auf Einkommen aus allen Einkommensarten erhoben.
- Investitionen in die Bildung werden als zentrales zukunftspolitisches Element verstärkt. Grundlage bildet ein ganzheitlicher Bildungsbegriff sowohl für die Schule als auch für die außerschulische Bildung, das Studium und die Weiterbildung. Der Zugang zu den Bildungseinrichtungen ist flexibel und bietet dem Einzelnen ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit.
- Ausrichtung der Erwerbsarbeit und des Wirtschaftens an ökologischen Maßstäben und dem Nachhaltigkeitsprinzip sowie dem Ziel, sinnstiftende Tätigkeit für alle zu ermöglichen.

Zum Weiterlesen: Zukünfte. Zeitschrift für Zukunftsgestaltung und vernetztes Denken – Heft: Sommer 2004 □

Christine Hoffmann
BDKJ

KONTAKT:

BDKJ-Bundesvorstand • Büro Berlin
 Fon: 030/2887895-4
 e-mail: choffmann@bdkj.de
 www.bdkj.de

NUR MIT UNS! PARTIZIPATIONSCHANCEN UND MIGRATION IN DER KINDER- UND JUGENDARBEIT

Das Thema „Kinderarmut“ ist in Essen hoch aktuell. Die Stadt Essen hat mit dem Kinderbericht 2004 zum Schwerpunktthema Armut im Juli des letzten Jahres eine politisch brisante und ebenso erschreckende Vorlage zur Beschreibung der Lebenslagen von Kindern in Essen abgeliefert. Der Bericht stellt u.a. fest,

- dass jedes 6. Kind von Sozialhilfe lebt;
- etwa jede 4. bis 5. Familie in Essen mit vergleichsweise geringem Haushaltsbudget auskommen muss;
- der Anteil der Personen, die Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, ist in Essen überdurchschnittlich hoch;
- mehr als die Hälfte aller hilfebedürftigen Kinder und Jugendlichen in Essen leben in Haushalten von Alleinerziehenden;
- Zwischen 40 und 56 % der Haushalte mit zwei und mehr Kindern leben nicht unter optimalen Wohnraumbedingungen;
- Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich häufig von gesundheitlichen Problemen betroffen;
- Armut als Lebenslage hat die Tendenz, sich in der Generationenfolge fortzusetzen.¹

In der Diskussion rund um den Bericht hat sich der Kreisverband der AWO mit einer großen Fachtagung, die auch das Jugendwerk mitorganisiert hat, im Januar diesen Jahres klar zur Kinderarmut positioniert und damit die Debatte in der Öffentlichkeit und den politischen Gremien wieder initiiert. Zudem setzt sich der Kreisverband der AWO unter Beteiligung des Jugendwerks auch innerverbandlich weiter mit dem Thema auseinander.

Die jugendpolitische Interessenvertretung zum Thema Armut des Kreisjugendwerks der AWO Essen basiert auf unseren langjährigen praktischen Erfahrungen mit jungen Menschen, die von Armut betroffen sind. So nehmen traditionell viele Kinder einkommensschwacher Familien an unseren Ferienfreizeiten teil und auch viele der Besucher unserer Kinder- und Jugend-



Foto: KJW Essen

einrichtungen sind von Armut betroffen. Unter den Besuchern, insbesondere des Jugendzentrums Schonnebeck, des Kinder- und Jugendhauses Kupferdreh, der mobilen Spielgruppe, sind auch viele Migranten, die ein höheres Armutsrisiko haben. Oft sind die jungen Migranten mehrfach benachteiligt, wie die libanesischen Besucher des JZ Schonnebeck, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus Schwierigkeiten haben, eine unbefristete Arbeitserlaubnis und somit u.a. eine Arbeitsstelle zu bekommen.

Obwohl das KJW der AWO Essen an vielen Stellen mit Armut zu tun hat, muss man feststellen, dass es kein Gesamtkonzept zum „gezielten“ Umgang mit Armut gibt. Hintergrund ist, dass der Arbeitsansatz des Jugendwerks im Sinne klassischer Jugendverbandsarbeit bzw. Kinder- und Jugendarbeit nicht defizitorientiert ist, sondern es vielmehr darum geht, Stärken zu fördern, sich an den Bedürfnissen und Interessen zu orientieren und Lebenswelt zu gestalten.

In diesem Zusammenhang verstehen wir Kinder- und Jugendarbeit als einen wichtigen Baustein zur Förderung sozialer, kul-

tureller und politischer Teilnahme, Teilhabe und Beteiligung.² Dies ist gerade für von Armut betroffene Kinder ein wichtiger Aspekt, da sie oft sozial und kulturell ausgegrenzt werden. Kinder- und Jugendarbeit ist ein Ort, wo sie integriert werden.

Doch gerade die einzelnen Faktoren gesellschaftlicher Beteiligung beeinflussen sich gegenseitig. So stellt der 11. Kinder- und Jugendbericht fest, dass unabhängiges, selbstständiges Handeln eine gesicherte materielle Existenz sowie soziale Integration voraussetzt. Da gerade Kinder und Jugendliche besonders von Armut betroffen sind, verringert dies ihre Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen - Existenzängste, Ausgrenzungs- und Stigmatisierungserfahrungen fördern Resignation und Rückzug und behindern eine wirksame Beteiligung. So stellen wir in unserer Arbeit immer wieder fest, dass Armut oft auch „Partizipationsarmut“ ist.

Doch gerade als Jugendverband verstehen wir uns als „verfasste“ Partizipation mit dem Ziel, Kinder und Jugendliche in allen Lebensbereichen stärker zu beteiligen. In dem Sinne verfolgt das Kreisjugendwerk

¹ Vgl. Stadt Essen: Kinderbericht 2004. Teil 1: Befunde, Handlungsansätze, Empfehlungen

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Elfter Kinder- und Jugendbericht, Berlin 2002, S. 195 f.



Fotos: KJW Essen

Essen die Philosophie: Wer unabhängig, selbstständig handeln kann, hat die Möglichkeit, sich selber eine gesicherte Existenz zu schaffen und sich zu integrieren. Diese kann - gerade wenn man Armut als „vererbbar“ beschreibt - ein Ansatz sein, Kinder und Jugendliche zu befähigen, „sich selber an den eigenen Haaren wieder herauszuziehen.“

Dabei ist festzustellen, dass Partizipation erlernt werden muss. Denn individuelle Voraussetzungen für Partizipation sind nicht naturgemäß gegeben. Zudem merken wir immer wieder, dass sozial Benachteiligte es nicht gewohnt sind, beteiligt zu werden. Dementsprechend versuchen wir, in unseren Einrichtungen und Angeboten schon bei Kindern eine Beteiligungskultur gezielt zu fördern, indem wir alters- und entwicklungsgemäße Methoden der Interessenartikulation organisieren, Aktivitäten gemeinsam planen und anschließend bewerten sowie Kontinuität, Verlässlichkeit und Struktur in der Angebotsorganisation gewährleisten.

Dabei ist die Bereitschaft zu Beteiligung groß, wenn es um konkrete greifbare Themen oder Aktionen geht, wie Umbau des Jugendclubs, Planung von Aktionsprogramm, Akquirierung von Spenden für den Jugendclub, selbstorganisierte Organisation von Materialien, etc.

Strukturell werden im Verband die Arbeitsbereiche der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit miteinander verbunden. Kinder- und Jugendarbeit braucht Orte. Insbesondere die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind oft ein Zugang für junge Menschen, die von Armut betroffen sind bzw. einen Migrationshintergrund

haben. Ziel des Jugendwerks ist es, diese Kinder und Jugendlichen in verbandliche Aktivitäten und damit in verbindlichere Strukturen, wie Gruppenarbeit, Ferienfreizeiten, Veranstaltungen, politische Interessenvertretung, zu integrieren.

Konkret läuft dies oft über verschiedene Angebote wie

- Teilnahme an Bundes- und Landesjugendwerkstreffen
- Thematisierung politischer Fragen aus der Lebenswelt der Betroffenen, z.B. Irak-Krieg, Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit, Hartz IV
- Unterstützung bei Konzerten und Veranstaltungen
- Qualifizierung in Jugendgruppenleiter- und Freizeitleiteraus- und Weiterbildung
- Betreuung von Gruppen und Ferienfreizeiten
- Beteiligung an politischen Aktivitäten, wie die Volksinitiative zur Absicherung der Kinder- und Jugendarbeit in NRW, Demos gegen Rechts

Neben der praktischen Arbeit mit den jungen Menschen versteht sich das KJW Essen als Interessenvertretung von sozial Benachteiligten, denn der gesellschaftliche Status Quo wird dann reproduziert, wenn an Dialogen mit politisch Verantwortlichen ausschließlich deutsche, verbal kompetente Jugendliche partizipieren. So bleiben die Interessen der Jugendlichen aus randständigen Milieus im Verborgenen, dringen nicht an die Öffentlichkeit und werden somit selten von Politik wahrgenommen.³ Vertreten im Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Essen sowie in der AG nach § 78 und ihren Arbeitsgruppen setzt sich das Jugendwerk für die Belange von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen ein, z.B. wenn es um die Erhöhung von Zuschüssen für

einkommensschwache Familien bei Ferienfreizeiten geht oder um die Bewertung des Kinderberichts.

Abgesehen von der parlamentarischen Interessenvertretung engagiert sich das KJW Essen aber auch für offene Beteiligungsformen für die Betroffenen, wie

- Organisation einer Demo für ein Bleiberecht kurdischer Libanesen in Essen
- Initiierung (in Essen) und Beteiligung an der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“
- Spendenaufruf „Kinderurlaubspatenschaften“ zur Unterstützung von Alleinerziehenden und Familien mit vielen Kindern bei der Finanzierung von Ferienfreizeiten.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Vermittlung von Selbstorganisationskompetenzen sowie die Interessenvertretung einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von „junger“ Armut darstellen. Zentrale strukturelle Voraussetzungen sind dabei: Freiwilligkeit der Teilnahme, Offenheit für Themen und Interessen. Somit hat die Kinder- und Jugendarbeit bzw. Jugendverbandsarbeit in der Gesamtheit der Angebote zur Bekämpfung der Armut ihre eigenen Kompetenzen und ein eigenständiges Profil und versteht sich nicht als Erfüllungsgehilfe für andere Dienste und Institutionen. □

Frank Bente
KJW der AWO Essen

KONTAKT:

KJW der AWO Essen
Fon: 0661/233249
e-mail: info@jugendwerk-essen.de
www.jugendwerk-essen.de

³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Partizipation von Kindern und Jugendlichen als gesellschaftliche Utopie?, Berlin 2002, S. 88

DAS JUGENDWERK MISCHT SICH EIN!



Foto: Julia Koretzki

Das „Projekt P - misch Dich ein“ und „Come in Contract“-Projekt „Kinderpolitik den Rücken stärken!“

Vielen von euch sind vielleicht in der letzten Zeit die großen Plakate aufgefallen, die Jugendliche dazu animieren sollen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Engagierte Jugendgruppen sind im hippen Styling zu sehen. Partizipation ist cool lautet irgendwie die Aussage. Diese Medienoffensive zum Thema Beteiligung ist aber nur ein Element des „Projekt P“. Das Projekt P ist das Resultat aus der vor zwei Jahren untergegangenen Beteiligungsbewegung. Aus den Fehlern dieser Kampagne des Bundesministeriums wurde dieses Mal gelernt. Die Jugendverbände wurden von Anfang an in die Planung einbezogen. Neben den Jugendverbänden, die vom Deutschen Bundesjugendring (DBJR) vertreten werden, sind auch noch das Ministerium und die Bundeszentrale für politische Bildung an dem Projekt beteiligt. Der DBJR hat innerhalb des Projektes einen eigenen Baustein. Dieser heißt „Come in Contract“ und soll gemäß dem DBJR-Beschluss „Mitwirkung mit Wirkung“ jenseits der Showelemente tatsächliche Beteiligung von Jugendlichen gewährleisten.

Der Kern der Idee besteht darin, dass Jugendgruppen der Jugendverbände mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu Themen, die den Jugendlichen wichtig sind, in Verhandlungen treten sollen, mit dem Ziel, eine konkrete Vereinbarung zu treffen - also eine tatsächliche Wirkung ihres Engagements zu erreichen.

Letztendlich geht es aber auch um eine Stärkung der demokratischen Mitgliederstrukturen der Jugendverbände. Während die Beteiligungsbewegung noch davon ausging, dass Jugendliche sich nicht innerhalb von Jugendverbänden organisieren, sondern cool projekt-orientiert sich irgendwie modisch, kurzweilig, am Besten noch über Internet für irgendetwas einsetzen, geht Come in Contract an die Basis der Jugendverbandsarbeit und zeigt, dass sich Jugendliche sehr wohl innerhalb von wertorientierten Jugendverbänden politisch engagieren.

Auch die Jugendwerke der AWO beteiligten sich an dem Projekt und sind mit Projektideen vertreten. Das Bundesjugendwerk ist mit dem Projekt „Kinderpolitik den Rücken stärken!“ angetreten, bundesweit Jugendliche für die Stärkung der Bedeutung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zu organisieren. Beteiligung ist jedoch, was Du draus machst!

So kam es dann vom 21.-23.01.05 zum Gründungstreffen der bundesweiten Projektgruppe in Berlin. Insgesamt 38 Jugendliche aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Berlin und Baden-Württemberg diskutierten über die Kinderkommission, über Kinderarmut, Bildungspolitik, Partizipation und über eine konkrete Projektidee.

Heraus kommt man anders, als man rein gegangen ist, und so ging es auch der ursprünglichen Projektidee. Statt die Kinderkommission zu stärken, soll nun mit der Kinderkommission eine Vereinbarung geschlossen werden, sich gegen Kinderarmut zu engagieren. Das Projekt steht weiterhin für alle Interessierten offen. Durch die dezentrale Organisationsform, auf die sich die Projektgruppe festgelegt hat, ist eine effektive und flexible Struktur entstanden, die sich dynamisch weiterentwickeln kann. Nächster Halt ist das Bundestreffen, auf dem es einen weiteren

Workshop der Projektgruppe geben wird. Wir bleiben am Ball und rocken in Contract! Wer Interesse an der Projektgruppe hat, kann sich beim Bundesjugendwerk weitere Informationen holen.

Hier noch mal der Projektbeschluss im Überblick:

1. DAS PROJEKT:

Thema: Kinderarmut in der BRD

Entscheidungsträger: Die Kinderkommission des deutschen Bundestages

Inhalt: Die Kinderkommission soll sich mit dem Thema Kinderarmut befassen und eine Stellungnahme gegen Kinderarmut erarbeiten

2. WAS MACHEN WIR:

- Begriff von Kinderarmut entwickeln
- Organisatorisches
- Aufteilung in Teilaspekte des Themas
- Schlau machen, was es schon gibt: Armuts- und Reichtums-Bericht, AWO-Studie, Kinderschutzbund, DBJR
- Mögliche Bündnispartner
- Dokumentation
- Kontakt zur Kinderkommission

3. ARBEITSFORM:

Aufteilung in verschiedene Unterausschüsse: 1. Pressearbeit und Dokumentation, 2. Schlaumach-AG, 3. Kontakt zur Kommission, 4. Koordination

Die Koordination übernehmen Christian Burmeister und Sven Sprenger. Die Gliederungen sollen sich Gedanken machen, was sie beisteuern wollen.

Bis auf zwei in Berlin Teilnehmende wollen alle am Projekt weiter mitwirken.

Mischt euch weiter ein! ☐

Christian Burmeister



Foto: Peter Kuleßa

PROTEST-AG IN BERLIN

Vom 21. bis 23. Januar waren die Protest-AG und andere Mitglieder des Jugendwerks Hamburg in Berlin auf einem Seminar, um das bundesweite Come-in-Contract-Projekt des BuJW "Kinderpolitik den Rücken stärken!" in die Welt zu setzen. Aus verschiedenen Bundesländern trafen sich JugendwerkerInnen, um über den Ablauf und die Thematik zu diskutieren. Wir kamen zu dem Entschluss, dass

die Thematik sich auf Kinderarmut beschränken soll. Dazu haben wir Gruppengespräche geführt und in der City mit EinwohnerInnen der Stadt Interviews geführt, um zu erfahren, wie viel die Bevölkerung der Hauptstadt über Kinderarmut weiß. Erschreckend war, dass kaum jemand von der Kinderkommission wusste. Außerdem waren wir noch im Reichstagsgebäude - Bundestag. Dort haben wir die Fraktion der SPD besucht und uns mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer und gleichzeitig auch AWO-Bundesvorsitzenden Wilhelm Schmidt unterhalten. Wilhelm Schmidt war vor Ort und hat uns noch einige Fragen beantwortet.

Danach durften wir in die Turmspitze der SPD, wo auch damals, 1945, die Russen die UdSSR-Fahne hissten. Nachdem wir am Sonntag unserem Konzept den letzten Schliff gegeben hatten, wollten wir versuchen, noch weitere Treffen auf Bundesebene zu planen. Denn die Bundesarbeitsgruppe "Kinderpolitik den Rücken stärken!" hat zum Ziel, unsere gemeinsam erarbeiteten Vorschläge an die Kinderkommission weiterzuleiten, damit diese sich darum, vor allem verbessert, kümmert. Doch nun heißt es erst mal Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um andere Jugendliche aufmerksam zu machen, damit sie uns unterstützen und uns helfen, unsere Ziele erfolgreich zu erreichen.

Wenn ihr euch angesprochen fühlt und euer Interesse dafür geweckt wurde, meldet euch beim Bundesjugendwerk, je mehr mitmachen, desto besser, denn wie heißt es so schön: "Gemeinsam statt einsam"! ☐

*Mike Dembinski, Ramon Ecker
und Kristin Pfeifer
LJW Hamburg*

Wer mitdenkt, abonniert ...

Zum Beispiel Opel-Streik. Mit Berichterstattung vom Ort des Geschehens und kritischen Kommentaren unterstützte und unterstützt die JW die gegen Konzern, Gewerkschaftsführung und Betriebsratsspitze kämpfende Belegschaft.



Protest von Opel-Beschäftigten am 19. Oktober 2004 in Rüsselsheim



... die Zeitung für
kritische Gewerkschafter

Ja, ich abonniere die junge Welt für mindestens ein halbes Jahr

Name/Namens

Telefon

Straße/Platz

PLZ/Ort

Ich bestelle das

- Normalabo (rest. 26,90 Euro),
- Solidaritätsabo (rest. 34,20 Euro),
- Sozialabo (rest. 19,60 Euro).

Ich bezahle mein Abo

- monatlich (nur mit Bankkarte), vierteljährlich (3 % Rabatt), halbjährlich (4 % Rabatt), jährlich (5 % Rabatt) per Einzugsermächtigung Rechnungslieferung

Ich ersüchtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen.

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontokorrent

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den voreingetragenen Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 30 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Datum/Unterschrift

Den Coupon einlesen an: Verlag B. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxen an die Nummer 0 30/53 63 55 44.

PARTIZIPATION, DIE VERBINDET!

Bericht über die Arbeitstagung der AG „Partizipation und Verbandsentwicklung“

Auf der Bundeskonferenz im Mai 2004 wurde die Einrichtung verschiedener Arbeitsgruppen und Arbeitskreise beschlossen. Diese Anträge wurden zu einem gemeinsamen Oberthema konzeptionell zusammengezogen. Dieses gemeinsame Oberthema ist Partizipation und Verbandsentwicklung und wird in der bundesweiten Arbeitsgruppe „Partizipation und Verbandsentwicklung“ diskutiert. Da dieses Thema sehr vielschichtig ist, sollen sich innerhalb der Arbeitsgruppe Arbeitskreise zu Unterthemen bilden. Diese AKs tagen im Rahmen der AG. Soweit die Beschlusslage des Bundesausschusses.

Vom 28.1. bis 30.1.05 war es endlich soweit - die Arbeitsgruppe konnte starten! Und zwar nicht irgendwo, sondern im wunderschönen Bielefeld. Julia und ich hatten die Ehre, dieses neue Projekt vorzubereiten und zu moderieren. Aber viel erfreulicher war, dass sich weitere 16 JugendwerkerInnen zur gemeinsamen Diskussion zusammenfanden. Noch erfreulicher war, dass wir am Samstagabend dem 20-Jahres-Jubiläum des Bezirksjugendwerkes OWL beiwohnen konnten. Dank an OWL, es war eine großartige Party. Obwohl unsere Arbeitsfähigkeit auf diese Probe gestellt wurde, konnten wir die Ziele der AG festlegen, vier Arbeitskreise gründen und das weitere Vorgehen beschließen.

Die Ziele der AG sind: Den Verband auf Wachstums-Potenzial überprüfen, die Strukturen des Verbandes modernisieren, mehr Leute in die AG bringen, Werkzeuge entwickeln (Handlungskonzepte und Perspektiven), Beschlussfähiges produzieren (Anträge), handlungsfähige Teilgruppen organisieren, Konferenzfähigkeit herstellen, Strategiepapier mit Vorschlägen für die Gliederungen erarbeiten, AWO – JW (Parallele Entwicklung: Vernetzung der Diskussion), einen Mitgliedsbegriff entwickeln, das Grundsatzprogramm überarbeiten und die Verbandsstrukturen überprüfen.



Fotos: Julia Koretzki

DIE VIER AKS ARBEITEN ZU DEN THEMEN:

- 1. AK Partizipation von Kindern und Jugendlichen** (vorläufig verantwortlich: Karsten Hargens)
- 2. AK Interkulturelle Öffnung des Jugendwerks** (vorläufig verantwortlich: Angela Carstensen)
- 3. AK Mitgliederverband** (vorläufig verantwortlich: Michael Taube)
- 4. AK Gender** (vorläufig verantwortlich: Annegret Runkel)

Zusätzlich zu den vorläufigen Verantwortlichen der AKs werden Julia und ich die Gesamtkoordinierung und die Vorbereitung der Arbeitstagungen übernehmen. Erstes großes Highlight der AKs wird das Bundestreffen werden. Hier werden sich die AKs präsentieren und ihre Ansätze mit euch diskutieren. Die AG ist dynamisch konzipiert, so dass jeder Zeit Interessierte in den Prozess ein- und aussteigen können. Es gibt auf der BuJW-Homepage bereits ein Internet-Forum, und auf dem Bundesausschuss wird es einen Bericht geben. Also, es geht um die Zukunft des Verbandes - beteiligt euch an dem Prozess. Die nächste Arbeitstagung kommt bestimmt. ☐

*Christian Burmeister
für die AG „Partizipation und
Verbandsentwicklung“*

AK „MITGLIEDER-VERBAND“

Mit dabei sein, mit auf Freizeit, ein Seminar besucht [...] und Mitglied im Jugendwerk? Vielleicht hat sich der Arbeitskreis „Mitgliederverband - Jugendwerk der AWO“ die Quadratur des AWO-Herzens vorgenommen, wenn er sich bis zur BuKo 2006 den Arbeitsauftrag gegeben hat, eine Bestandsaufnahme von der Vielfalt in den Jugendwerken abzubilden. Ein Fazit könnte ein Konzeptpapier für die BuKo 2006 sein, worin dann auch die Frage des Delegiertenschlüssels geregelt sein könnte. Immer wieder sprachen wir beim ersten Arbeitstreffen in Bielefeld vom „Was wäre, wenn?“. Wir stellten eine sehr große Unterschiedlichkeit in den Jugendwerken fest, sei es bei den Aufgabenfeldern, dem Mitgliedsbegriff, den Finanzierungsmöglichkeiten, dem Interesse an anderen JWs, dem Blick von außen auf das JW und auch dem Verhältnis zur Big-Mother AWO, das aber nicht offiziell ist, geschweige denn in den Satzungen so steht. Das bedeutet, wir brauchen eine Bestandsaufnahme von UNS vor Ort - ganz ehrlich. Wenn wir dies schaffen, hat unser Verbandsbauchladen die Chance, mit seinen unterschiedlichen Qualitäten Neues zu wagen und an weit reichender Identifizierung mit ihm zu gewinnen. Wir möchten unser Potenzial an Best-Practice-Beispielen aus dem JW-/AWO-Alltag kennen lernen und euch als Anregung mitgeben. Zum Beispiel da, wo AWO und JW an einem Strang ziehen, oder dort, wo man mit einer Idee aus einer Verbandskrise gekommen ist. Bringt euer Wissen über diesen Verband ein, ein Jugendwerk der MitmacherInnen-schaft, der Freizeithelfer, der Seminaristen und der Mitglieder des Jugendwerks der AWO + dir. ☐

Michael Taube

AK „INTERKULTURELLE ÖFFNUNG“

Der Arbeitskreis „Interkulturelle Öffnung“ beschäftigt sich im Rahmen der Arbeitsgruppe „Partizipation und Verbandsentwicklung“ mit der Erstellung eines Konzepts für die interkulturelle Öffnung des Jugendwerks.

Warum wollen wir das Jugendwerk interkulturell öffnen? Deutschland hat spätestens seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes offiziell den Status eines Einwanderungslandes erlangt. Dieser Entwicklung muss sich auch das Jugendwerk stellen.

Das ist sowohl als Handlungsauftrag als auch als Motivation für den Arbeitskreis zu verstehen.

Zunächst gilt es, innerhalb des Jugendwerkes zu untersuchen, inwieweit der Verband sich schon interkulturell geöffnet hat. Das soll im Rahmen eines „Selbstchecks“ geschehen. Dazu werden Fragebögen an die einzelnen Gliederungen geschickt, um eventuelle Strömungen aufzufangen. Parallel dazu soll eine Abfrage nach konkreten Projekten erfolgen. Der Arbeitskreis hat sich hierbei auch einen eigenen „Selbstcheck“ aufgelegt.

Nach der Auswertung des „Selbstchecks“ und der Ergebnisse der Umfrage wird der Arbeitskreis mit seiner inhaltlichen Arbeit beginnen. Ziel ist es, ein Konzept zur interkulturellen Öffnung des Jugendwerks zu erarbeiten. Der Arbeitskreis hat sich zu eigen gemacht, seinen Entwicklungsprozess zu dokumentieren und die Arbeit möglichst transparent zu gestalten. Die Transparenz soll den gremienübergreifenden Diskurs ermöglichen und es interessierten Jugendwerker/innen erleichtern, sich jederzeit in dem Arbeitskreis zu engagieren. Um dem innerverbandlichen Diskussionsprozess eine breite Plattform zu geben, sind Regionalkonferenzen angedacht und die Einrichtung eines Forums auf der Homepage des Bundesjugendwerks.

Es gibt viel zu tun. Ihr alle seid eingeladen, euch in dem Arbeitskreis „Interkulturelle Öffnung“ zu engagieren. Diskutiert mit, gebt uns Rückmeldungen auf die eine oder andere Weise oder kommt zur nächsten Arbeitstagung vom 10.-12. Juni 2005. □

Angela Carstensen

AK „PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN“

Moin, Moin! Auf der bundesweiten Arbeitstagung „Verbandsentwicklung und Partizipation“ stellten wir uns in einer der AKs u.a. den Auftrag, das authentische Jugendwerk und seine Potenziale weiter zu klären.

Wir sind ein mehr oder weniger politischer Jugendverband, der sozial engagiert ist. Das Grundsatzprogramm, das pädagogische Konzept und deren Inhalte differenzieren uns nach außen, doch müssen wir alle die theoretischen Werte weiter umsetzen.

Das Jugendwerk ist super wichtig und nicht mehr wegzudenken, doch wem ist das klar? Der AK „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ kümmert sich um die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in den Verband. Dazu sollen bisherige Methoden und Erfahrungen gesammelt und neue entwickelt werden. Wir wollen Kinder und Jugendliche im Sinne unseres pädagogischen Konzeptes zukünftig stärker als potenzielle Mitglieder ansprechen und Teilhabekompetenzen im Verband ausbauen.

Erst mal wollen wir eine Broschüre von Partizipations-Methoden und -Möglichkeiten zusammenstellen. Dazu gibt es viele Ideen, wie eine Internetseite für unsere Teilnehmer der Aktionen und Fahrten. Oder politische Jugendgruppen, die medienwirksam in ihrem Umfeld in unserem Sinne aktiv mitwirken.

Doch das ist ein Prozess. So sollen auch mögliche Anträge und Konzepte für die nächste Bundeskonferenz vorbereitet werden. Wir wünschen uns, dass uns viele JugendwerkerInnen ihre Erfahrungen von Mitbestimmung mitteilen und/oder auch am Besten zur nächsten AT kommen. Zusätzlich wird ein Forum entstehen, um uns noch einfacher auszutauschen. Lasst uns voneinander abschauen und gemeinsam die Gesellschaft rocken.

Partizipation und Solidarität, AWO und Jugendwerk und das bundesweit - die Zukunft ist unser! □

Karsten Hargens

Foto: Julia Koretzki



AK „GENDER“

Der AK „Gender“ soll sich um die Frage der Geschlechtergerechtigkeit innerhalb des Verbandes kümmern. Die Geschlechtergerechtigkeit ist ein Ziel des Jugendwerkes. Sowohl im Grundsatzzprogramm als auch im Pädagogischen Konzept und im Ausbildungskonzept wird versucht, dieses Ziel zu definieren. Der AK möchte für den Verband potenziell aufdecken, was vielleicht noch unter unseren bisherigen Strukturen schlummert. Dazu wollen wir uns die Strukturen des Verbandes genau angucken und Strategien zur Optimierung der Geschlechtergerechtigkeit entwickeln.

Ziele:

- Wir wollen gemischt geschlechtliche AKs
- Wir wollen ein Bewusstsein für Gender schaffen
- Wir wollen eine Genderstrategie entwickeln
- Wir wollen Aufklärung

Fahrplan:

1. Begriffsklärung Din-A-4
2. Leute akquirieren
3. Exzess-Artikel
4. Gender-Selbstcheck
5. Beim Bundesausschuss Gender-Selbstcheck vorstellen
6. Bestandsaufnahme
7. Arbeitstagung zum Thema
8. Literaturliste
9. Materialien zum Ausbildungskonzept
10. Genderkonzept
11. Eventuell Quotenregelung und Satzungsänderung

Selbstverständlich soll das Ganze richtig rocken - deshalb suchen wir noch weitere Interessierte, die in den Prozess einsteigen wollen. Meldet euch also, oder wir tun es! ☐

Christian Burmeister

EINFÜHRUNG IN DAS THEMA GENDER

Teil 1: Ein Blick in das real existierende Patriarchat

Mit dieser kleinen Einführung in die Geschichte und Entwicklung des Geschlechterverhältnisses möchte ich euch zum Auftakt des Gender-AK des Bundesjugendwerks mit historischen Fakten für das Thema einstimmen. Denn ein Blick in die Geschichte hilft oft, die bestehenden Verhältnisse zu verstehen, zeigt uns Handlungsspielräume und auch Handlungsnotwendigkeiten auf.

Unsere heutige Welt ist nach wie vor geprägt von der immer noch herrschenden patriarchalen Gesellschaftsstruktur, die gekennzeichnet ist durch die Hierarchie im Verhältnis der Geschlechter. Ein Patriarchat ist die "Manifestation und Institutionalisierung der Herrschaft der Männer über Frauen und Kinder innerhalb der Familie und die Ausdehnung der männlichen Dominanz über Frauen auf die Gesellschaft". Wir blicken heute kultur- und sozialgeschichtlich zurück auf eine sehr lange Zeit und Tradition des Patriarchats. Frauen und Männer haben bis heute aufgrund ihrer Geschlechtsidentität verschiedene gesellschaftliche Rollen, Verpflichtungen, Möglichkeiten, Vorlieben, usw. Die Menschheit ist in zwei Teile geteilt: männlich und weiblich. Und bis vor ca. 20 Jahren hat auch kein Mensch diese Einteilung in Frage gestellt. Das Patriarchat begründet sich genau in dieser eindeutigen Klassifikation von männlich und weiblich. Männer herrschen über Frauen, Frauen ordnen sich Männern unter, weil ihre Zugehörigkeit zu ihrer Genus-Gruppe dieses gesellschaftlich legitimiert, mehr noch, weil es als natürlich empfunden und angesehen wird.



Die Patriarchatsforschung sieht vor allem die Entwicklung der monotheistischen Religionen, die einen männlichen Gott anstelle der weiblichen Fruchtbarkeitsgöttinnen setzten und die den

Frauen einen direkten Zugang zu Gott und der Gemeinschaft der

Heiligen untersagten, als günstige Bedingung, dass sich das Patriarchat durchsetzen und behaupten konnte. Die symbolische Abwertung der Frauen im Verhältnis zum Göttlichen

prägten die gesamten westlichen Kulturen immens. Hinzu kam die aristotelische Philosophie, die davon ausging, dass Frauen unvollständige und beschädigte menschliche Wesen sind, die einer ganz anderen Art angehören als Männer. So wurde im Altertum die Unterordnung der Frauen als natürlich und gottgewollt festgeschrieben und gleichzeitig der bewussten Wahrnehmung entzogen. Die Basis für den Sexismus war geschaffen. Sexismus bezeichnet die Ideologie der Herrschaft und Überlegenheit des Mannes gegenüber der Frau sowie die Grundsätze, die diese Ideologie stützen und aufrechterhalten. Bis heute ist ein latenter bis offener Sexismus gesellschaftsfähig.

Erst Ende des 18. Jahrhunderts - im Zuge der Französischen Revolution - bekam das bis dahin unangefochtene Patriarchat einen ersten kleinen Knacks. Die Frauenrechtsbewegung forderte gleiche Rechte auch für Frauen, was damals nun so gar nicht zum Welt-, Menschen- und vor allem nicht zum Frauenbild gehörte. Die von der Revolution eingeforderten Menschen- und



Foto: Julia Koretzki

Bürgerrechte sollten nur für Männer gelten. Frauen sollten nach wie vor den Männern untergeordnet bleiben. Die kurz aufflammende Frauenrechtsbewegung wurde schnell wieder unterdrückt und die Frauen in ihre gesellschaftlichen Schranken verwiesen: Eine Partizipation an Politik war für Frauen unmöglich und vor allem nicht natürlich. Die damals führende Frauenrechtskämpferin Olymp de Gouges' wurde wegen Perversität (Männlichkeit und Unweiblichkeit), Größenwahn und Impertinenz zum Tod auf dem Schafott verurteilt. Das Patriarchat wusste sich mit Gewalt zu schützen.

Die Industrialisierung im 19. Jahrhundert brachte eine Manifestierung der traditionellen Geschlechterrollen mit sich. Mit Einsetzen der kapitalistischen Industriegesellschaft wächst die Bedeutung des gesellschaftlichen Reproduktionsmittels Arbeit, das sich einerseits zur Lohnarbeit verallgemeinert, andererseits in Erwerbsarbeit und Hausarbeit unterteilt. Ein erstes Ansteigen von Frauen- und Kindererwerbsarbeit als Reaktion auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse wird schnell von den Politikern als Gefahr betrachtet. Sie sehen den so wichtigen Reproduktionsbereich Familie durch die Frauenerwerbsarbeit bedroht. Frauen müssen durch normativen Druck an die Familie gebunden und vom Arbeitsmarkt fern gehalten werden, damit sie weiter für

das Wohl der Kinder und des Mannes uneingeschränkt sorgen können. Die Sozial- und Familienpolitik des 19. Jahrhunderts sorgt dafür, dass die so wichtige und notwendige Reproduktionsarbeit in der Familie von Frauen unbezahlt und daher willkommen für den Kapitalismus unübertroffen kostengünstig geleistet wird; gleichzeitig drängt sie die Frauen in eine finanzielle und materielle Abhängigkeit der Männer und schützt somit die Institution Familie. Begründet wird diese Rollenaufteilung mit den an das Geschlecht natürlich gebundenen Fähigkeiten. Trotz der politischen Maßnahmen, die Geschlechterordnung zu stabilisieren, werden Frauen erwerbstätig. Nicht zuletzt dann, wenn der Lohn des Familienvaters nicht ausreicht. Die Kinderversorgung und der Haushalt bleibt jedoch weiterhin die Aufgabe der Frauen alleine.

Zwar wurde in der Weimarer Republik 1918 das allgemeine Wahlrecht - und somit auch das Frauenwahlrecht - eingeführt, aber erst 1949 wurde der rechtliche Grundstein für eine Gleichheit der Geschlechter in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gelegt. Allerdings legitimierten noch bis



1977 Gesetze, dass Ehemänner über den Einsatz der weiblichen Arbeitskraft zu entscheiden hatten, dass allein sie geschäftsfähig waren und die Privatbelange nach außen vertraten. Dieses Recht schloss ein, Frauen auf Hausarbeit, Kinderversorgung und Erziehung zu verpflichten. Der in den feudalen Kontexten entstandene und rechtlich abgesicherte Patriarchalismus lebte also bis weit in die Moderne fort. Erst die Frauenbewegung und Frauenforschung der 70er Jahre sorgte schließlich dafür, dass die Notwendigkeit, den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz auch für die Geschlechter tatsächlich zu realisieren, den Weg in das öffentliche Bewusstsein fand und die notwendigen Änderungen im BGB vorgenommen wurden.

Heute scheint eine Gleichheit im Gesetz gewährleistet zu sein, allerdings gibt es immer noch einen Widerspruch zwischen der erreichten formalen Gleichstellung der Geschlechter und der noch nicht erreichten Realisation. Die drei tragenden Säulen des real existierenden Patriarchats, die der Realisierung im Weg stehen, sind die Vorrangstellung des Mannes und der durch ihn verkörperten Werte und Verhaltensweisen, die Arbeitsteilung der Geschlechter und das Rollendiktat, wonach Frauen weiblich und Männer männlich sein müssen.

Diese drei Säulen sind alle gesellschaftlich konstruiert - keineswegs natürlich. So weit ist sich die Forschung heute einig. Was wiederum bedeutet, dass sie einem gesellschaftlichen Wandel unterworfen sind, sie sind veränderbar. Es liegt also an uns, ob und wie wir sie abbauen und neu gestalten.

Fortsetzung folgt!! In der nächsten Exzess könnt ihr den 2. Teil der Einführung in das Thema gender lesen! □

Annegret Runkel
LJW Hamburg

Foto: Michael Taube

PÄDAGOGISCHES KONZEPT? KENNT IHR NICHT? MACHT NICHTS, ERKLÄREN WIR EUCH! Teil 1



Teil 1 einer neuen großartigen und spannenden Exzess-Serie anlässlich des Erscheinens des Pädagogischen Konzepts als Broschüre

TEIL 1: DAS PÄDAGOGISCHE ZIEL DER GENUSSFÄHIGKEIT (3.2.3./S.34) – ODER: WIE DER FILM CHOCOLAT UNSER LEBEN VERÄNDERT HAT

Nach allem, was ich weiß, sind wir der einzige Jugendverband der für sich als pädagogisches Ziel die Genussfähigkeit definiert. In Anbetracht der Geschichte der Jugendbewegung, die vielerorts durch Enthaltsamkeit, Ordnung, Disziplin und Arbeitsethos gekennzeichnet war, wirkt unsere Genussfähigkeit schon als kleine Provokation. Und das ist auch gut so!

Die Genussfähigkeit ist unser Gegenentwurf zur allgemeinen Konsumbetäubung. Genuss ist etwas Subjektives, etwas Spontanes und eben auch etwas Irrationales. Er entwickelt sich in Erfahrungsfeldern und lebt von der Ausprägung der Sinne. Das Entdecken der vielfältigen Möglichkeiten der sinnlichen Erfahrung eröffnet immer neue Wege, sowohl im tristen Alltag, im Hier und Jetzt, als auch in der konkreten Utopie des guten und schönen Lebens ein gutes Stück Genuss zu veranschaulichen. Das Erleben des eigenen Den-

kens, Sehens, Fühlens, Schmeckens, Hörens, Riechens und Handelns mit anderen ist eine ständige Herausforderung. Diese Sinnlichkeit zu fördern ist Ziel unserer Pädagogik. Dabei geht es uns um Qualität statt Quantität. Jeder kleine Genuss ist eine Vorahnung auf die Möglichkeiten einer befreiten Gesellschaft, die wir anstreben. Dabei geht es uns darum, über die bloße Existenz hinaus das Ästhetische zu betonen. Wir wollen nicht einfach nur essen, schlafen, Dach überm Kopf und „Big Brother“ im TV - wir wollen gutes Essen, einen guten Schlaf, eine angenehme menschenfreundliche Umgebung und selbst Kultur schaffend sein. Dies alles spielt eine große Rolle in unserer Medienpädagogik, Suchtprävention, Theaterpädagogik, ästhetischen Erziehung und selbstverständlich beim Wichtigsten: dem Spaß an der Sache. Und wie geschieht das alles? Nun ja, wir müssen in unserer Praxis Methoden

weiterentwickeln und entwickeln. Auch das kann eine Form von Genuss sein. Ab und an hilft auch mal ein richtig guter Film. Unsere Empfehlung: Chocolat!

In diesem Sinne heißt es für uns: Wir wollen nicht die Brötchen, wir wollen die Bäckerei! Oder besser noch: Wir wollen nicht die Brötchen, wir wollen die Chocolaterie!

Jetzt aber Broschüre bestellen! ☐

Christian Burmeister

Die Broschüre „Das Leben ist unser! - Pädagogisches Konzept des Jugendwerks der AWO“ kostet 1 Euro pro Exemplar.

Bestellungen ans: Bundesjugendwerk der AWO, Natalie Rohrbeck, Fon: 0228/6685-117, e-mail: natalie.rohrbeck@bundesjugendwerk.de

YOUROPA E.V. AUF RUMÄNIENREISE

Wenn jemand verkündet, dass er nach Rumänien reisen will, wird er leicht für nicht ganz zurechnungsfähig gehalten. Mit Rumänien werden landläufig nur ein paar Dinge assoziiert: Diebe, vernachlässigte Kinder in Waisenhäusern und auf der Straße, Sinti und Roma und Dracula.

Was ist an diesen Klischees dran? Es gibt Diebe, aber man zeige mir die Insel der Seligen, wo es keine gibt, es gibt auch Straßenkinder, Waisenhäuser in bemitleidenswertem Zustand und alte Menschen, die auf der Straße betteln müssen, weil die Rente nur zum Verhungern reicht, aber mit diesen traurigen Erscheinungen steht Rumänien ebenfalls leider nicht alleine da. Es gibt auch Sinti und Roma, aber sie sind eine Minderheit in Rumänien und bei weitem nicht die größte, und es gibt Dracula so wie es Nessy in Schottland gibt, als Legende und als Touristenmagnet.

Die Klischees stimmen also und sind doch nur winzige Ausschnitte, die den Gesamteindruck dadurch verfälschen, dass sie so vieles verschweigen, z.B. dass Rumäniens Landschaft zu den schönsten Europas gehört, dass die rumänische Musik zu den interessantesten Volksmusiken der Welt gehört, dass die rumänische Sprache ein linguistisches Unikum darstellt, dass dort drei Religionen friedlich nebeneinander existieren, dass Rumänien eines der wenigen Länder dieser Erde ist, das noch nie einen Krieg angefangen hat, dass es dort renommierte Universitäten gibt und dass Braschov eine der ersten Städte mit elektrischer Straßenbeleuchtung und Fußgängerzone in Europa war.

Wenn all das auch nicht zu den Motiven gehörte, derentwegen die Mitglieder des Rumänienhilfevereins YouRoPa gemeinsam mit dem BJW der AWO Hessen-Nord den Fachkräfteaustausch veranstalteten, der sie Ende 2004 nach Rumänien führte, so trugen all diese positiven Eindrücke doch erheblich zur Vertiefung ihres Verhältnisses zu dem Land bei, dem sie ihr Vereinsengagement widmen. Sie besuchten beeindruckende Sehenswürdigkeiten, wie z.B. das „Dracula-Schloss“ Bran am Fuße der Hochkarpaten, gleichzeitig bekamen sie aber auch einen Einblick in das Alltagsleben der Rumänen und in den Zustand verschiedener sozialer Einrichtungen, darunter der Kinderkrebeklinik in Cluj-Napoca, der auch eine Spende überreicht wurde. Für einige Mitglieder war das neu, für andere schon der x-te Besuch. Zahlreiche Hilfsprojekte hat der Verein schon durchgeführt, von Hilfstransporten mit Kleidern, Spielzeug und Medikamenten für Waisenhäuser und Kliniken bis zu Baumaterialien für einen internationalen Kindergarten und Rumäniens erstes Reha-Zentrum.

Nicht immer war dabei die rumänische Seite der alleinige Nutznießer. Innerhalb ihrer Jugendarbeit als Streetworker am Aschenberg und in Projekten des BJW der AWO nutzten die Vereinsmitglieder ihr Engagement auf dem Balkan. Sie ließen z.B. benachteiligte Jugendliche Fenster aus Abbruchhäusern in Fulda ausbauen, den Transport nach Rumänien begleiten und dort wieder einbauen. Einigen dieser Jugendlichen wurde auf diese Weise zum ersten Mal bewusst, in welchem Überfluss sie hier leben und dass sie in der Lage sind, etwas Nützliches für andere zu tun.

Der Verein YouRoPa wurde 2002 gegründet, viele seiner Mitglieder engagieren sich aber schon seit über zehn Jahren in Rumänien. Unter ihnen finden sich viele Absolventen und Studenten des Fachbereichs Sozialwesen der FH Fulda, aber auch Vertreter anderer Berufe. Der Verein finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Fördergelder. YouRoPa ist von Beginn an korporatives Mitglied im BJW der AWO Hessen-Nord. Mittlerweile werden

regelmäßig Flohmarktstände organisiert und er unterhält eine „Klamottenkiste“, in der man günstig Bekleidung einkaufen kann. Der Erlös kommt ausschließlich den sozialen Projekten zum Aufbau eines sozialen Netzwerkes speziell für Jugendliche in Rumänien zugute. In demselben Jahr wurde mit Studenten des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Cluj-Napoca der rumänische Partnerverein „Pro-tin e.V.“ gegründet, der innerhalb kürzester Zeit seine Arbeit aufnahm und z.B. auf dem Gebiet der Schulsozialarbeit aktiv wurde, ein Projekt gegen Gewalt in der Familie startete und ein Projekt ins Leben rief, das sich um Jugendliche kümmert, die auf der Straße leben. Gemeinsam versuchen nun die Mitglieder von „YouRoPa“ und „Pro-tin“ das erste Jugendzentrum Rumäniens für benachteiligte Jugendliche aufzubauen und konnten dafür bei einem Treffen im Rathaus mit dem stellvertretenden Bürgermeister auch den Magistrat der Stadt Cluj ins Boot holen. Die Chancen stehen gut, dieses Jugendzentrum zu einem Modell für das gesamte Land auszubauen, einem Land, das mit dem gesellschaftlichen Erbe einer Diktatur zu kämpfen hat, sich aber auf den Weg nach Europa gegeben hat. □



Foto: BJW Hessen-Nord

Marianne Blum & Jürgen Brehl
BJW der AWO Hessen-Nord

KONTAKT:

YouRoPa (0176/21019317) oder BJW Hessen-Nord (0661/9013053)
Spenden-Konto: 50 531 bei Sparkasse Fulda (BLZ: 53050180)

Wir gratulieren dem globalisierungskritischen Netzwerk

Attac zum 5-jährigen Bestehen in Deutschland!

Nach dem Vorbild von Attac Frankreich im Jahr 2000 in Deutschland gegründet, hat sich bei Attac inzwischen viel getan. Mittlerweile gibt es über 200 Attac-Gruppen vor Ort, in denen sich Aktive mit Themen rund um die Globalisierungskritik beschäftigen: Welt-handel, Steuergerechtigkeit, Sozialstaat, Privatisierungen, Nord-Süd-Gerechtigkeit – und das ist nur ein kleiner Ausschnitt. Attac hat in Deutschland zur Zeit über 16.000 Mitglieder – Tendenz weiter steigend – und viele Menschen engagieren sich bei Attac, auch ohne Mitglied zu sein. Neben Einzelpersonen finden sich auch sehr viele Mitgliedsorganisationen in Attac, wie kirchliche, umweltorientierte, kapitalismuskritische oder auch gewerkschaftliche Gruppierungen, Organisationen aus dem entwicklungspolitischen Bereich und auch Friedensinitiativen oder Jugendverbände. Attac ist ein wichtiger Akteur der globalisierungskritischen Bewegung geworden – wir wünschen Attac auch in Zukunft viel Erfolg!

Auf die nächsten 5 Jahre!

Mehr Infos über Attac gibt's im Internet unter www.attac.de oder über das Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M., Tel. 069-900 281-10, Fax -99



RUMÄNISCHE KULTURWOCHE

Gemeinsam mit der FH Fulda und unserem korporativen Mitglied „YouRoPa e.V.“ führt das Bezirksjugendwerk der AWO Hessen-Nord im Herbst 2005 (17.-23.10.2005) eine Rumänische Kulturwoche durch. Ziel und Zweck dabei ist es, das Bild Rumäniens in der Öffentlichkeit zumindest regional zu verbessern. Es soll aber auch am Beispiel unseres Engagements aufgezeigt werden, wie erfolgreiche internationale Jugendarbeit aussehen kann. Erreicht wird dies einerseits durch Vorträge, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen mit hochkarätiger Besetzung, aber auch durch das konkrete Erlebnis rumänischer Kultur in Form von Konzerten und Tanzvorführungen mit der legendären Volksmusikgruppe IZA und der dynamischen Zigeunercombo „Fanfara din Cozmesti“. Dazu kommen Filmvorführungen, Lesungen, aber auch Weinproben und die Zubereitung rumänischer Spezialitäten. Dieses reichhaltige Programm (insgesamt ca. 35-40 Veranstaltungen) und die persönliche Begegnung mit Rumänen können dazu beitragen, Vorurteile ab- und Kontakte aufzubauen. Näheres zum Programm gibt es in der nächsten Exzess. □

Jürgen Brehl
BJW Hessen-Nord

JUGENDZENTRUM SCHONNEBECK DES KJW DER AWO ESSEN PREISTRÄGER DES GOLDENEN HAMMERS 2005

Am 7. März 2005 wurde in den Räumen des Deutschlandradio Köln der „Goldene Hammer zur Überwindung von Gewalt und Rassismus“ durch die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW, Ute Schäfer, an die Einrichtung des Kreisjugendwerkes der AWO Essen überreicht. Vor ca. 100 meist jungen Gästen nahmen Judith Schlupkothén (Vorsitzende des KJW) und Hassan Semmo (ehrenamtlicher Mitarbeiter im JZ) stellvertretend für das Jugendzentrum den Preis von der Ministerin in Empfang.

Aus Sicht des Jugendwerkes ist eine Ver fremdung der Kulturen zwischen Deutschen und MigrantInnen einer der Hauptgründe für Fremdenhass und Rassismus. So ist das Ziel der Arbeit im Jugendzentrum, zu lernen, Verschiedenheiten zuzulassen und zu akzeptieren sowie Gemeinsamkeiten und verschiedene Traditionen kennen zu lernen und zu stärken, kurz: interkulturelle Toleranz und Solidarität zu praktizieren.

Durch gezielte Aktivitäten, wie das Feiern von verschiedenen religiösen Festen, Multiplikatorenschulungen zu interkulturellen Themen, Fußballturniere, die von deutschen Jugendlichen aus dem Stadtteil und den libanesischen Besuchern aus unserem Hause besucht werden, wurde eine

Kommunikations- und Aktionsplattform geschaffen, die Begegnungs- und Partizipationsmöglichkeiten von deutschen Kindern und Jugendlichen und jenen mit Migrationshintergrund initiiert und durchführt. Zudem wird durch vielfältige Aktionen (Unterstützung bei Konzerten, Teilnahme an Verbandstreffen, Begleitung von Ferienfreizeiten etc.) verstärkt darauf hingewirkt, dass die hauptsächlich libanesischen BesucherInnen der Einrichtung in den Jugendverband integriert werden.

Der Landesjugendring Nordrhein-Westfalen vergibt seit 1988 jährlich zusammen mit SOS Rassismus NRW den „Goldenen Hammer“ an Personen, Projektgruppen oder Einrichtungen, die sich gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. □

Stefan Hoeps
KJW der AWO Essen



Foto: Landesjugendring NRW

KINDERREPORT 2004 WARNT VOR ANSTIEG DER KINDERARMUT

Im kopaed-Verlag erschien 2004 das Buch „Kinderreport Deutschland 2004“, herausgegeben vom Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW).

Alle zwei Jahre macht das DKHW mit dem „Kinderreport“ auf die Lage von Kindern in Deutschland aufmerksam, dieses Mal mit dem Schwerpunktthema „Kinderarmut“ und deren Auswirkungen auf die Kinder. Dabei widmen sich die verschiedenen AutorInnen den einzelnen Aspekten von Kinderarmut: Gesundheit, Ernährung, soziale Ausgrenzung und Partizipation von Kindern, um nur einige zu nennen.

Nach Ansicht des Mitautors Thomas Olk wird die Kinderarmut in Deutschland in 2005 erheblich zunehmen. Eine Verdoppelung der Anzahl armer Kinder durch die Hartz-IV-Reformen schließt er nicht aus. Olk sieht jedes zehnte Kind von dieser Entwicklung des Abfallens in arme Lebenslagen durch Hartz IV betroffen.



Besonders erwähnenswert ist, dass in dem Buch auch Kinderstimmen selbst zu Wort kommen. Und schön auch, dass der Autor Professor Waldemar Stange in seinem Beitrag zu Beteiligungsprojekten für Kinder auch die Jugendverbände erwähnt. □

Mark Unbehend

LITERATUR

Deutsches Kinderhilfswerk (Hg.) (2004): Kinderreport Deutschland 2004. Daten, Fakten, Hintergründe, kopaed-Verlag

20 JAHRE KREISJUGENDWERK DER AWO HAGEN

Am 17.12.1985 wurde das KJW der AWO Hagen mit Thomas Hover als erstem Vorsitzenden gegründet. Seitdem sind 20 Jahre mit zahlreichen Ferienmaßnahmen, kontinuierlich laufenden Kinder- und Schülerbetreuungsgruppen, dem Einsatz und Verleih des eigenen Spielmobils und vielen anderen Maßnahmen und Aktionen vergangen. Heute gibt es einen 14-köpfigen Vorstand, der sich auch für 2005 wieder einiges vorgenommen hat.

Das Jubiläum wird zunächst am 2.7.2005 von 12 bis 18 Uhr in Hagen-Eilpe mit einem großen Kinderfest mit Gaukler, Spielmobil, Kletterfelsen, Tombola, Riesen-Vier-Gewinnt-Spielen u.v.m. gefeiert. Eingeladen sind Kinder aus unseren Gruppen und aus dem gesamten Stadtgebiet.

Am 17.12.2005 wird es - genau 20 Jahre nach der Gründung - eine Jubiläumsfeier mit allen aktuellen und ehemaligen Mitarbeiter/innen und Vorstandsmitgliedern und allen Interessierten rund um das KJW geben. Ein AK „Historisches“ kümmert sich zur Zeit um die Aufarbeitung von Prospekten, Pressemitteilungen und



Foto: KJW Hagen

KREISJUGENDWERK DER AWO ESSEN ORGANISIERT BEGEGNUNG CHRISTLICHER UND MUSLIMISCHER TRADITIONEN

Wie jedes Jahr veranstaltete das Jugendzentrum Schonnebeck eine große Weihnachtsfeier für die Besucherinnen und Besucher des Hauses. Seit einigen Jahren feiern wir mit den hauptsächlich muslimischen jungen Menschen das Weihnachtsfest genauso wie das Fastenbrechen im Rahmen des Ramadan. Es ist eine Begegnung mit christlichen und muslimischen Traditionen. Ziel ist es, zu lernen, Verschiedenheiten zuzulassen und zu akzeptieren so-



wie Gemeinsamkeiten und verschiedene Traditionen kennen zu lernen und zu stärken. Kurz: interkulturelle Toleranz und Solidarität zu praktizieren. Insgesamt ca. 70 Kinder, Jugendliche und Eltern, hauptsächlich libanesischer Herkunft, nahmen teil. Die Mütter brachten libanesischen Speisen und Spezialitäten für ein umfangreiches Buffet mit, daneben gab es deutsches Gebäck, Kaffee und andere Getränke. Die Feier bot ein buntes Ange-



Foto: KJW Hagen

Fotos. Im Rahmen der Jubiläumsfeier wird es dann eine große Rückschau auf gut 7300 Tage Jugendwerksarbeit in Hagen geben.

Aber auch sonst steht 2005 wieder einiges auf dem Programm. In allen Ferien finden wieder Stadtranderholungen statt, im Sommer gibt es eine Freizeit in der Toskana, über Silvester können Teenies wieder Spaß in Munster in der Lüneburger Heide haben. Aktuell gibt es zwei Kindergruppen, die „Helfer Kängurus“ und die „Kuhlerkamper Kids“, die sich einmal wöchentlich treffen. Unser Spielmobil gibt es auch noch und es soll in diesem Frühjahr wieder einmal neu bzw. ergänzend ausgestattet werden. Zur Zeit laufen täglich immer noch fünf Schülerbetreuungsgruppen, die über Landesprogramme finanziert werden. Darüber hinaus ist das Jugendwerk in Hagen seit September 2004 zusammen mit dem AWO-Unterbezirk Hagen/Märkischer Kreis Kooperationspartner einer Offenen Ganztagsgrundschule.

Und mit der Offenen Ganztagsgrundschule ist auch für das Jugendwerk in Hagen das Thema Kinderarmut ganz aktuell und offensichtlich. Viele Eltern können sich das angebotene Mittagessen (2,30 Euro pro Mahlzeit) nicht leisten und die Kinder kommen mit lieblos zusammgelegten Toastbrotstücken oder einem „Curry King“ zum Mittagessen. Und Socken hat im Winter auch nicht jedes Kind an,...

Infos zum Jugendwerk in Hagen gibt es bei mir unter 0177/5409764 oder per e-mail: kjwh@gmx.de. □

Stefan Schmidt
KJW der AWO Hagen



Fotos: KJW Essen

bot an Aktionen für die Gäste: Es gab Schmink- und Frisierstände, Musik und Disco, Bescherung durch einen Weihnachtsmann sowie, als besonderes Highlight, ein Animations- und Spaßprogramm für Kinder und Jugendliche. □

Negin Khatam
KJW der AWO Essen

EUROPA MITTEN IN ALTENSTEIG - EIN ERLEBNIS DER BESONDEREN ART



Fotos: BJW Württemberg

Was passiert, wenn 50 junge Erwachsene aus 11 Ländern Europas zusammentreffen und über mehrere Tage auf engstem Raum gemeinsam leben und arbeiten?

Initiiert und durchgeführt wurde das Euroweekend vom Bezirksjugendwerk der AWO Württemberg, finanziell unterstützt u.a. vom Programm „Jugend“ der Europäischen Union. Vorausgegangen waren zwei internationale Austauschprojekte sowie der Wunsch, weiterhin sowohl mit neuen als auch mit „alten“ europäischen Partnern auf internationaler Ebene tätig zu sein.

Am Stuttgarter Flughafen waren junge Leute verschiedener Nationalitäten mit vielen Ideen, einigen Vorurteilen und landestypischen Mahlzeiten und Getränken gelandet. Abgeflogen sind sie als junge Europäer mit einem lachenden und einem weinenden Auge, mit konkreten Projekten, neuen und wieder aufgefrischten Freundschaften, vielen Eindrücken sowie hinzu gewonnenem Wissen über andere Länder und Kulturen. Ihre Koffer waren gefüllt mit unzählbar vielen Erinnerungen an fünf unvergessliche Tage in Stuttgart und Altensteig.

Was war passiert? Der Weg zu einem Netzwerk aller teilnehmenden Organisationen, zwei internationalen Austauschen in Italien und Polen und einigen weiteren Projekten war manchmal anstrengend und doch interessant! So haben die jungen Europäer nicht nur vergangene Projekte Revue passieren lassen, sondern auch viel über Inhalt und Struktur des



Programms „Jugend“ erfahren, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Mobilität junger Menschen innerhalb Europas durch Austausche, Europäische Freiwilligendienste oder Seminare zu fördern.

Untergebracht war die Gruppe im Haus des Jugendwerks in Waldrieden. Gearbeitet wurde im Sitzungssaal des Feuerwehrhauses sowie in der Hohenbergschule.

Das Euroweekend war erfolgreich und faszinierend zugleich, was auch die ungarische Trainerin Gabriella Nagy begeistert feststellte: „Das Engagement, der Geist der jungen Leute ist etwas Besonderes, ihre Kreativität, die sich so von Geschäftsleuten abhebt, und ihr Einsatz, ein gemeinsames Europa aufzubauen zu wollen, ist großartig.“

In den Tagen vom 8. bis 13.12.04 wurde natürlich nicht nur gearbeitet, sie waren auch von Spaß und interkulturellem Lernen geprägt. Bei der Begrüßung im Stuttgarter Rathaus, auf dem Weihnachtsmarkt, im Freudenstädter Schwimmbad, bei der Schwarzwälder Vesper mit dazugehöriger „Quetschorgelmusik“ sowie einer Nachtwanderung zur Kohlsägemühle im durch unzählige Fackeln beleuchteten Schwarzwald wurde Altensteig lieben gelernt.

Beim internationalen Abend hatte schließlich jeder die einmalige Gelegenheit, eine kurze Europareise quer durch Mahlzeiten und Getränke zu unternehmen: Europa war in diesen Tagen nicht nur eine „abstrakte, schöne“ Idee, sondern Wirklichkeit, die sowohl in der Luft lag als auch im Herzen jedes Einzelnen getragen wurde. Gekommen sind alle aus verschiedenen Ländern, gegangen sind sie als ein Teil einer großen vielfältigen europäischen Familie. □

**Weitere Infos unter
www.euro.weekend.ms oder beim BJW
der AWO Württemberg: 0711/522837.**

Caroline Diziol

BJW der AWO Württemberg

BARBARA BRUNELLI - EUROPA-MITTEL & JUGENDWERK

Mein Name ist Barbara Brunelli und ich bin Praktikantin beim BuJW seit Anfang Februar. Ich komme aus Italien, aus einer äußerst kleinen und unbekanntesten Stadt, Forlì, das zwischen Bologna und Rimini liegt. Ich bin 26 Jahre alt und habe in Italien internationale und diplomatische Wissenschaft studiert, mit Schwerpunkt in der Entwicklungspolitik.

So, warum Deutschland und BuJW? Erstens, ich mag Deutschland sehr. Ich war schon in Köln vor vier Jahren als europäische Freiwillige und in Stuttgart letztes Jahr für den italienischen FSJ. Zwischen diesen Erfahrungen war ich mit Sozialarbeit beschäftigt. Letztes Jahr in Stuttgart arbeitete ich in einem Jugendhaus, wo ich mit drei anderen italienischen Kolleginnen ein EU-Projekt geleitet habe. Das Projekt hieß „YOUROPE“ und beinhaltete die Möglichkeiten, welche die EU den Jugendlichen anbietet, z.B. die Programme Socrates/Erasmus, Jugend/Europäischer Freiwilligendienst, Leonardo.

Und jetzt, beim BuJW, bleibe ich im internationalen Bereich: besonders bin ich auf der Suche nach Förderungsmöglichkeiten und generell finanzieller Unterstützung für verschiedene Projekte der JW. Gleichzeitig entwickle ich ein internationales Projekt fürs BuJW. Wir möchten gerne ein Netzwerk mit verschiedenen Partnerorganisationen gründen, zu interkultureller Öffnung auf europäischer Ebene.

**Aber vor allem bin ich für euch da! Wenn ihr Fragen habt oder Beratung, Hilfe, Unterstützung braucht für internationale Projekte (Übersetzungen auf Italienisch, Spanisch, Englisch, Französisch; Suche von Fördermitteln, Partner usw.), meldet Euch einfach bei mir unter:
barbara.brunelli@bundesjugendwerk.de
oder 0228/6685-119 !**

Barbara Brunelli



Foto: privat

GRUPPE DES KJW DER AWO ESSEN GEWINNT DEN SCHÜLERWETTBEWERB DES LJW NRW

Eine Gruppe aus dem Jugendzentrum Schonnebeck belegte beim Schülerwettbewerb des Landesjugendwerks (LJW) der AWO NRW den 15. Platz und gewinnt 50 € für die Gruppenkasse.

Zu dem Thema „Schüler machen Schule“ beteiligte sich das Kreisjugendwerk (KJW) der AWO Essen am 6. Schülerwettbewerb des LJW und der Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt. Die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen waren aufgerufen, in Form von Textbeiträgen, Collagen oder Bildern Vorschläge zu machen, wie in ihren Augen ein guter Unterricht oder eine gute Schule aussehen sollte. Landesweit wurden mehr als 300 Beiträge von über 1000 Schülern eingereicht. Das KJW Essen ging gleich mit 4 Einzel- und 3 Gruppenbeiträgen ins Rennen, die meisten aus dem Jugendzentrum Schonnebeck.

Der Höhepunkt des Wettbewerbes fand am 12.2.2005 mit der Preisverleihung in Düsseldorf statt. Gekommen waren die Preisträger mit ihren Betreuern, Lehrern und Eltern. An die 300 Anwesende wurden gezählt. Die Spannung war groß, denn noch kannte keiner seine Platzierung, wusste eben nur, dass er unter den besten 30 war. Die Besucher des JZ Schonnebeck reisten gleich mit drei Kleinbussen und einem PKW an, um den Gewinnern der Jugendgruppe gebührend zu huldigen.

Mit einem Gruppenbeitrag, einem Zeugnis für die Schule, hatten die Schonnebecker dann auch das Glück des Tüchtigen und platzierten sich prompt unter den ersten Dreißig. Nach einer kurzen Begrüßung durch einige AWO- und Jugendwerks-Vertreter hielt der Staatssekretär des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder, Herr Schulz-Vanheyden, ein Grußwort.

Danach begann dann, von den Schülern schon ungeduldig erwartet, die Verleihung der Preise durch den WDR-Moderator Ralph Caspers (bekannt durch die Sendung „Wissen macht A“). In den Pausen spielte eine Schülerband aus Wuppertal. Für das leibliche Wohl sorgten einige Besucher aus dem Jugendzentrum, mit selbstgebackenen Kuchen und kühlen Getränken.

Christoph Schick vom Vorstand des Kreisjugendwerks Essen kam zum erfreulichen Ergebnis: „Das Jugendwerk ist ehrenamtlich organisiert. Da ist es wichtig, dass die Arbeit von Kindern und Jugendlichen wertgeschätzt wird. Aus diesem Grunde versuchen die Mitarbeiter des Jugendwerks, Anerkennung gezielt zu organisieren, wie z.B. durch die Teilnahme an solchen Wettbewerben.“ □

Stefan Hoeps
KJW der AWO Essen

Foto: LJW Bayern



KINDER BESTIMMEN SELBER, WAS SIE WOLLEN

Seit vielen Jahren machen wir Ernst mit unserem Anspruch, Kinder- und Jugendverband zu sein. Kinder und Jugendliche aus ganz Bayern kamen am 3./4. Dezember als Delegierte unserer örtlichen Jugendwerke nach Regensburg, um Beschlüsse zu fassen und einen neuen Landesvorstand zu wählen. Mit Hilfe unserer Handpuppe namens Emma wurden die schwerverständlicheren Anträge und Regularien altersgerecht dargestellt.

Schwerpunkt der Landeskonzferenz war die zunehmende Armut junger Menschen in Bayern. Dr. Thomas Beyer, MdL und neuer Vorsitzender der AWO in Bayern, bestärkte in seinem Grußwort die Dringlichkeit dieses

Themas, verwies aber auch auf die allgemein sich ausbreitende Verarmung weiterer Teile der Gesellschaft und das mangelnde Engagement der bayerischen Staatsregierung. Erich F. Schmid vom örtlichen AWO-Bereich nannte hier als eindringliches Beispiel den Kahlschlag bei den Kindererholungen. Die meist jungen Delegierten betrachteten auch die Einführung eines Büchergeldes als weiteren Schritt zur Ausgrenzung weniger reicher Gleichaltriger und forderten dessen Abschaffung. Betroffen von den Beispielen der Folgen der Armut, wie Hunger, mangelnde Bildung, gesundheitliche Probleme, be-

KINDERARMUT IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND

Das gleichnamige Buch von Christoph Butterwegge, Michael Klundt und Matthias Zeng beschäftigt sich mit dem Problem der Kinderarmut im deutschen Ost-West-Vergleich. Die wichtigsten Ergebnisse des 3-jährigen Projektes „Infantilisierung der Armut? – Gesellschaftspolitische Ursachen und psychosoziale Folgen in Ost- und Westdeutschland“ sind darin dargestellt. Das Buch richtet sich an politische und wissenschaftliche Akteure und Studierende. Die Autoren betrachten sowohl Ursachen und Erscheinungsformen von Kinderarmut als auch die subjektiven (Kinder-)Perspektiven. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass sich Kindheit und auch Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland erheblich unterscheiden. Aus dieser Analyse heraus entwickeln sie Vorschläge für politische Gegenstrategien.

Schön an dem Buch ist, dass es nicht nur empirische Ergebnisse enthält, sondern auch einen genaueren Einblick auf die Hintergründe des Themas ermöglicht. So werden z.B. sowohl die Auswirkungen der Hartz-Maßnahmen auf die Lebenslagen ärmerer Kinder als auch der Forschungsstand zum Thema „Kinderarmut“ kritisch dargestellt. □

Mark Unbehend

LITERATUR

Christoph Butterwegge, Michael Klundt, Matthias Zeng (2004): *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*, VS Verlag für Sozialwissenschaften

geschlossen die Delegierten, sich mit regionalen Aktionen Gehör zu verschaffen und konkret Hilfe zu leisten.

Der frisch gewählte neue Vorsitzende, Gerald Möhrlein aus Kitzingen, versprach, mit seinem neuen Vorstand schnellstens Vorschläge hierfür zu entwickeln und diese mit den Jugendwerken in Bayern umzusetzen. Norbert Steger (Nürnberg) als neuer Stellvertreter, Alex Grimm (München), Alexandra „Lexi“ Richter (Augsburg), Katja Friedrich (Windischeschenbach), Gregor Uhl (Schwabau) und Markus Fischer (Oberbayern) komplettieren das junge engagierte Team. Mit Norbert und Markus sind zwei ehemalige Vorsitzende die Garanten der Kontinuität der Vorstandsarbeit, mit Alex, Lexi und Katja kommt frischer Wind unter die alten Männer. Mit über 70 JugendwerkerInnen aus allen Teilen Bayerns war diese Regensburger Konferenz ein voller Erfolg. □

Anton „Doni“ Zagel
LJW der bayerischen AWO

SOZIALSTAAT UNTER REFORMDRUCK?

„Der Sozialstaat. Reform, Umbau, Abbau?“ heißt ein Buch, welches 2004 von Siegfried Frech und Josef Schmid im Wochenschau-Verlag herausgegeben wurde. Es enthält Beiträge verschiedener AutorInnen zum Thema „Sozialstaat“.

Dass der Sozialstaat unter Reformdruck steht, wird von den AutorInnen vorausgesetzt. Die Herausgeber formulieren vier Hauptfragen, die die aktuelle Reformdebatte zusammenfassen sollen: In welche Richtung sollte Politik die sozialen Sicherungssysteme reformieren? Welche Spielräume gibt es dabei? Wie sollte ein künftiger Sozialstaat aussehen? Und - welches ist das zukünftige Modell des Sozialstaats?

„Die Autorinnen und Autoren dieses Heftes wollen [...] zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen und Fakten vermitteln, die für das Verständnis der aktuellen Reformdebatte wichtig sind“, meinen die Herausgeber in ihrem einleitenden Artikel. Fakten werden dann auch vermittelt, doch die Frage ist, welche? Bei kritischer Lektüre ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass eine Perspektive und ein Grundkonsens überwiegen.

So lobt Josef Schmidt den „Erfolg“ der Hartz-Kommission: „Als Erfolgsfaktoren gelten dabei der hohe Handlungsdruck, [...] die geschickte personelle Zusammensetzung und die Person des Vorsitzenden, dem es gelang, erfolgreich die Ergebnisse zu kommunizieren und eine Mobilisierung

der Gesellschaft in die Wege zu leiten.“ Keine Frage dazu, ob ein solches derzeit praktiziertes Expertenkommissions-Politikmodell überhaupt demokratisch legitimiert ist. Geschweige denn, erfolgreich! Welchen Erfolg bemisst der Autor dabei eigentlich?

In dem Beitrag von Wolfgang Merkel wird die Alternative eines Grundeinkommens als „sozial ungerecht“ definiert, ohne es auch nur darzustellen, Klaus-Bernhard Roy kritisiert die Kritik an dem Prinzip der „Eigenverantwortung“ und rügt die Bundesregierung, das Konzept des aktivierenden Sozialstaats nur selektiv aufgegriffen zu haben. Und es ist kein Wunder, dass Lutz Leisering zu der Frage „Waren die ersten 50 Jahre ein Irrweg?“ gelangt, wenn er die Geschichte des Sozialstaats auf die Nachkriegszeit beschränkt.

Als Fazit dieses Buches sehe ich die Bestätigung meiner Ansicht, dass das Streben nach Versachlichung immer mindestens zwei Seiten hat oder haben sollte.
Simon Möbius

LITERATUR

Siegfried Frech, Josef Schmid (2004): Sozialstaat. Reform, Umbau, Abbau?, Wochenschau-Verlag



AWO-AKTION GEGEN KINDERARMUT

Die AWO will mit ihrer Aktion gegen Kinderarmut Zeichen setzen und ganz konkrete Hilfe bereits in Kindertagesstätten leisten. Dazu wurde von der Vitawo-Redaktion ein Erziehungsratgeber verfasst, der „Eltern-Kompass 3-6“.



Dieser wird verkauft, und aus dem Erlös werden gezielt ausgewählte Projekte gegen Kinderarmut unterstützt. □

Bestellung des „Eltern-Kompass 3-6“ (Preis: 19,80 Euro & Porto):
www.vitawo.de, Fon: 02304/253014,
e-mail: info@vitawo.de

READER ZU „100 JAHRE ARBEITERINNENJUGENDBEWEGUNG – 100 JAHRE GESUNGENE GESCHICHTE“

Der Reader enthält Hintergrundinfos, Liedtexte und Noten zu den beim gleichnamigen Seminar besprochenen und gesungenen Arbeiter- und Protestliedern. □

Bestellung: BuJW, Fon: 0228/6685-117,
e-mail: info@bundesjugendwerk.de



Foto: Mark Unbehend

DAS BUJW RUFT ZUR TEILNAHME AM SOZIALFORUM IN DEUTSCHLAND AUF!

Vom 21. bis 24. Juli 2005 findet das Erste „Sozialforum in Deutschland“ statt. In Erfurt trifft sich an diesen Tagen die soziale Bewegung gegen die neoliberal dominierte Globalisierung. □

Infos & Anmeldung:
www.sozialforum2005.de und
www.dsfg-gsf.org

DBJR - JUGENDPOLITISCHES ECKPUNKTEPAPIER

Das Positionspapier wurde Ende 2004 von der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) verabschiedet und enthält die gemeinsamen Positionen der Jugendverbände zu unterschiedlichen Themen, u.a.: Zukunft der Arbeit und soziale Sicherheit, Bildung, Nachhaltigkeit und internationale Gerechtigkeit, Föderalismuskommission, aktuelle Fördersituation, Bürgerversicherung, Hartz IV, Migration, Partizipation usw.

Infos & Download: www.dbjr.de, DBJR,
Fon: 030/400404-00, e-mail: info@dbjr.de

GESCHICHTSSCHREIBUNG DES JUGENDWERKES DER AWO CONTINUED

Das BuJW hat die Geschichtsschreibung des JW fortgesetzt. Autor Marcus Mesch schreibt in der Broschüre „Jugendwerk zwischen ‚Wiedervereinigung‘ und Ökonomisierung“ zum JW-Geschehen Ende der 80er und der 90er Jahre. Er knüpft direkt an die Broschüre „Die Anfänge des Jugendwerkes der AWO“ an. 48 spannende Seiten und viele Fotos sind garantiert! Für nur 1 Euro pro Exemplar kann die Broschüre beim Bundesjugendwerk der AWO bestellt werden:

Fon: 0228/6685-117,
e-mail: info@bundesjugendwerk.de

UNICEF-STUDIE ZU KINDERARMUT WELTWEIT

In den meisten reichen Ländern wächst der Anteil der in Armut lebenden Kinder. In Deutschland ist die relative Kinderarmut seit 1990 stärker gestiegen als in den meisten anderen Industrieländern. Zu diesen Ergebnissen gelangt eine international vergleichende Studie von UNICEF zu Kinderarmut.

Infos: www.unicef.de, Fon: 0221/93650-0, e-mail: mail@unicef.de

ALLTAGSHELDEN

So lautet der Titel eines dicken Praxishandbuches - und erst der Untertitel verrät genauer, worum es in diesem A4-Wälzer geht: Es handelt sich um



ein Praxishandbuch zur Durchführung von Seminaren für Zivilcourage, gegen Gewalt und Mobbing.

Das Buch ist eine hervorragende Hilfe, um selbst Seminare durchzuführen, die sich mit diesem Themenkreis beschäftigen. Kopiervorlagen, genaue, hilfreiche Beschreibungen von Arbeitseinheiten, Übungen und Spielen. Alles ist übersichtlich dargestellt und die NutzerInnen fühlen sich ermuntert, aus diesem Bauchladen von Methoden und Ideen diejenigen herauszugreifen, die für die eigene Zielgruppe und das eigene Seminar-konzept hilfreich sind. Auch Einblicke in theoretische Überlegungen zum Themenkomplex werden gegeben. Dem Buch ist anzumerken, dass es aus einem Praxisprojekt und nicht am so genannten grünen Tisch entstanden ist. □

Nicola Völckel

LITERATUR

Christina Zitzmann (2004): *Alltagshelden - Aktiv gegen Gewalt und Mobbing - für mehr Zivilcourage*

BuJW-BILDUNGSBAUKASTEN SEMINARTERMINE 2005

- **Baustein HANDWERKSZEUG**
15./16. September 2005: „Gründung von Jugendwerken & Gewinnung von Ehrenamtlichen“, Bonn
- **Baustein INHALT & METHODEN**
23.-25. September 2005: „Kinderarmut“, Ort noch unbekannt
- **Baustein INHALT & METHODEN**
21.-23. Oktober 2005: „Die Gruppe rocken – und wie macht Ihr das?!“, Osnabrück

ANMELDUNGEN & INFOS:

Natalie Rohrbeck vom BuJW, Fon: 0228/6685-117,
e-mail: natalie.rohrbeck@bundesjugendwerk.de

5.-8. MAI 2005: BUNDESJUGENDWERKSTREFFEN „SINN MA DABEI“

Anfang Mai 2005 treffen sich wie alle 2 Jahre zahlreiche JugendwerkerInnen, um gemeinsam zu feiern, zu diskutieren und Spaß zu haben. Dieses Jahr findet das Treffen in Beichlingen/Thüringen statt, unter dem Motto „SINN ma DABEI“. Der Anmeldeflyer und viele weitere Infos finden sich auf der Bundestreffen-Homepage: www.bundesjugendwerkstreffen.de

Infos: Natalie Rohrbeck vom BuJW,
Fon: 0228/6685-117, **e-mail:**
natalie.rohrbeck@bundesjugendwerk.de



JA, DIE EXZESS INTERESSIERT MICH!!!

ICH BESTELLE

COUPON

- ein Probeheft der Exzess
- die Exzess per kostenlosem Direktabo (Voraussetzung: Mitglied im Jugendwerk)
- ___ Exemplare der Exzess zum Jahresabopreis, d.h., vier Ausgaben à 1 € pro Exemplar
- ___ Exemplare der Exzess zum Förder-Jahresabopreis, d.h., vier Ausgaben à 2 € pro Exemplar



Name, Vorname:

Adresse:

Telefon:

Datum + Unterschrift:

Senden an: Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt
Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn • oder per Fax: 0228/6685286

TERMINE

APRIL

9.-10. Bundesjugendausschuss, Erfurt

MAI

5.-8. Bundesjugendwerkstreffen,
Beichlingen/Thüringen

19.-21. Infobörse Jugendreisen, Göttingen

JUNI

10.-12. AG „Partizipation und
Verbandsentwicklung“, Kassel

SEPTEMBER

15./16. Seminar „Gründung von
Jugendwerken und Gewinnung
von Ehrenamtlichen“, Bonn

23.-25. Seminar „Kinderarmut“

19.-21. Infobörse Jugendreisen, Göttingen

OKTOBER

15./16. Vorsitzendentreffen, Köln

21.-23. Seminar „Die Gruppe rocken - und
wie macht Ihr das?!“, Osnabrück

24.-26. HauptamtlerInnen-Tagung, Würzburg

Redaktionsschluss der nächsten Exzess 2/2005: 1.7.05
Schwerpunktthema „Demokratie & Partizipation“

IMPRESSUM

EXZESS

Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt e.V.

Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn

Tel.: 0228/6685-117

Fax: 0228/6685-286

e-mail: info@bundesjugendwerk.de

Ausgabe: 1/2005

Auflage: 2.500

HERAUSGEBER:

Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt e.V.

REDAKTION:

Mark Unbehend (V.i.S.d.P.)

REDAKTIONELLE MITARBEIT:

Helga Feierabend, Natalie Rohrbeck,

Bryan Verheyden, Nicola Völckel

REDAKTIONSBEIRAT:

Julia Koretzki, Denny Möller, Michael Rosellen

FOTOS:

Julia Koretzki (inkl. Titelfoto), Peter Kuleba,
Sven Sprenger, Michael Taube, Mark Unbehend,
KJW Essen, BJW Hessen-Nord, KJW Hagen,
BJW Württemberg, LJW Bayern, LJR NRW

LAYOUT:

Lubica Rosenberger, Bonn

ANZEIGENLEITUNG:

Mark Unbehend

GESAMTHERSTELLUNG:

Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt e.V.

DRUCK:

Courir-Druck GmbH, Bonn

VERTRIEB:

Eigenvertrieb

REDAKTIONSANSCHRIFT:

Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt e.V.

Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn

Tel.: 0228/6685-119 • Fax: 0228/6685-286

e-mail: exzess@bundesjugendwerk.de

Gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Exzess erscheint vierteljährlich. Für unverlangt
eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen. Der Abdruck und die
Vervielfältigung des Inhalts, auch auszugswei-
se, insbesondere von der Agentur gestalteter
Anzeigen, ist nur mit schriftlicher Genehmigung
der Agentur gestattet. Alle Rechte liegen beim
Bundesjugendwerk der AWO. Das Bundes-
jugendwerk ist Mitglied im Bundesjugendring.

gleich hinter den Dünen

JUGENDCAMP

HIER GEHT'S AB

GRÖMITZ

2005

Unterkunft in festen Zelten
mit Vollpension/Gruppenpreise

Vor-/Nachsaison (Mai-Sept.)	14,40 €	pro Pers./Nacht
Himmelfahrt (5.5.-8.5.)	13,00 €	pro Pers./Nacht
Pfingsten (13.5.-16.5.)	13,50 €	pro Pers./Nacht
Hochsaison (1.7.-31.8.)	15,90 €	pro Pers./Nacht

Kapazität bis zu 800 Personen in Zelten;
bis zu 100 in Campinghütten und Zimmern!



e-Mail: ostseejugendcamp@aol.com
Telefon: 04562/44 00 • Fax: 04562/2 51 93

GRÖMITZ

Ostseeheilbad der Sonnenseite

www.ostseejugendcamp.de
Blankwasserweg 135 • 23743 Grömitz